

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags

Einzelgenuss-Nachmittag: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Zeltower Str. 16, Fernspr. Amt Lohse 5788.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgenannten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr übernommen.

Nr. 577. • 61. Jahrgang.

Als Ersatz für den Genickfang ist der „Fang auf den Stich“ oder „Käulberfang“, von vorn zwischen die Schulterblätter, so geführt, daß er das Herz trifft, auch für Rothwülde empfohlen; für Rot- und Damwülde, für Rothwülde und geringe Hirsche war er schon immer gebräuchlich. Soll der Käulberfang sofort tödlich wirken, so muß er das Herz treffen. Dazu reicht aber selbst beim Rothbod die Länge des Weidmessers, wie wir es gewöhnlich führen, nicht aus, man müßte dann

Stellung von nationaler Einheit. Warum sollen z. B. die elsaß-lothringischen oder polnischen oder einstmals dänischen Gebiete Deutschlands durchaus im eigentlichen Sinne germanisiert werden? Eine Grenzbevölkerung, die stark von einer großen Nachbarkultur beeinflusst ist, ja mit ihr dauernd in intimer geistiger Beziehung steht und pietätvolle Traditionen von dort her bewahrt, kann für die friedliche Ausgleichung und gegenseitige Befruchtung großer Völkerguppen von allergrößter Bedeutung werden. Solche Ausgleichung aber bedeutet für die Landesverteidigung und die Grenzsicherung unergleichlich mehr als ein ganzer Gürtel von Festungen. Nicht Rost noch Reife sichern die steile Höhe... Liebe des freien Mannes... Freilich muß eine solche, mit ritterlicher Duldung behandelte Grenzbevölkerung sich zu tadelloser Loyalität gegenüber dem Staatswesen entwickeln, das ihr Vertrauen schenkt — aber eben dies wird auch nicht von heute auf morgen erzwungen, und je weniger Entgegenkommen und Verständnis für ihre Vergangenheit und Eigenart eine solche Bevölkerung in einem Staatswesen findet, desto mehr bringt man sie in Versuchung, nicht bloß in kulturellen Beziehungen zum Ausland zu leben, sondern sich auch politisch dorthin zu engagieren.

Wir brauchen für die Zukunft des Völkerlebens einen ganz neuen Mut, nämlich den Mut zur Grobheit, und gerade die mächtigsten „Kulturpolitiker“ dürften und sollten es sich leisten, auch einmal in der „Kulturpädagogik“ entschlossen voranzugehen und die überängstliche Bedachtsamkeit auf die nationale Sicherheit den schwächeren Völkern zu überlassen.

Politische Übersicht.

Ärzte und Krankenkassen.

Der „Liberalen Korrespondenz“, dem Organ der Fortschrittlichen Volkspartei, wird geschrieben: Durch den vor kurzem veröffentlichten Erlaß der drei preussischen Minister, für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft und des Innern, ist die Möglichkeit, noch vor dem 1. Januar 1914 zu einem Frieden zwischen den Krankenkassen und den Ärzten zu kommen, so gut wie ausgeschlossen. Die Ärzteorganisationen haben auf jenen Erlaß, der eigentlich den Oberversicherungsämtern den Abschluß von Verträgen zwischen Krankenkassen und ärztlichen Organisationen in Preußen untersagt, die von ihrem Standpunkt allein richtige Antwort gegeben, indem sie es den örtlichen Ärzteorganisationen zur Pflicht machen, alle Vertragsverhandlungen mit Krankenkassen abzubrechen.

Man muß sich daher darauf gefaßt machen, daß vom 1. Januar 1914 ab in den weitesten Kreisen Deutschlands die Kassenmitglieder weder eine freie Ärztebehandlung noch eine Versorgung mit freier Medizin haben werden. Die erkrankten Kassenmitglieder werden dafür eine Barleistung erhalten, die aber in vielen Fällen die Kosten für Arzt und Medizin nicht decken wird.

Der erwähnte Erlaß der Minister gibt staatsrechtlich zu den schwersten Bedenken Anlaß. Die Ermächtigung, anstatt der freien ärztlichen Behandlung den Kassenmitgliedern eine Barleistung zu gewähren, wird ausgeprochen von den Beschlüssen der Kammern des Oberversicherungsamtes. Diese Kammern haben zu prüfen, ob die Bedingungen der Ärzte gegenüber den Kassen angemessen oder nicht angemessen sind. Die Beschlüsse der Kammern setzen sich zusammen aus dem Direktor des Oberversicherungsamtes, einem anderen Mitglied des Amtes, einem Vertreter der Arbeitgeber und einem Vertreter der Arbeitnehmer.

Schon das ganze Geft mit hineinstehen. Bei Notwill gelingt aber auch der Räuberfang mit vorschriftsmäßigem Hirschfänger durchaus nicht immer. So sah ich ein flüchtig breit kommoden Altkleid mit starkem Blei, 11 Millimeter, über den Blättern, also zu hoch, quer durch. Es lag im Feuer. Als ich die Wäsche wieder geladen hatte, sah ich, daß es den Kopf hochhob und sich aufzurichten verbot. Ich ging heran und gab, da ein Abfangen von links nach rechts nicht möglich war, weil das frische Stütz auf der linken Seite sah beginn, lag, den Hirschfänger, und zwar mit dem oft erprobten sogenannten „couteau“, dem kurzen, bei den Hirschfängern häufig gebrauchlichen Hänger mit breiter Klinge, bis an die Parierstange hineinstoßend. Im selben Augenblick sank der Kopf zurück, das Tier lag leblos und, wie ich nur annehmen konnte, verendet. Kaum bin ich aber 10 Minuten auf meinem Stände, da sehe ich zu meinem Entsetzen, daß Kopf und Hals wieder in Bewegung sind. Jetzt ging ich heran und machte ein Ende durch eine auf dem Hals geführte Kugel. Beim Aufbrechen ergab sich, daß beim Abfangen die Klinge des Hirs nicht getroffen hatte, sondern hart daran vorbeigefahren war. Der Hirschfänger dagegen hatte seine Schutzhülle getan.

Ernst Schlotfeldt.

Aus Kunst und Leben.

* Ein Jubiläum des „Eid“. Mit großer Feierlichkeit beging am Sonntag die Comédie Française ein solches Jubiläum des berühmtesten Meisterwerkes von Corneille: vor einem festlichen Publikum ging der „Eid“ zum 1000. Male in dem ersten Theater Frankreichs in Szene. 277 Jahre hat der „Eid“ gedauert, um diese Aufführungszahl im Nationaltheater der Franzosen zu erreichen. Unter allen Werken Corneilles wurde er am häufigsten und auch vor der Nachwelt gespielt. „Cinna“, die „Horatier“ und die „Ligier“ werden voraussichtlich noch zwei Jahrhunderte hindurch, ehe sie das gleiche Jubiläum feiern können. Im Dezember 1636 — der genaue Tag ist nicht mehr bekannt — erlebte der „Eid“ seine Uraufführung in dem damaligen Théâtre du Marais; der ganze Adel des Paris jener Zeiten wohnte dem Ereignis bei, denn überall hatte man vorher von der großen Tragödie gesprochen, die ein junger aus Rouen nach Paris gekommener Advokat namens Pierre Corneille verfaßt haben sollte. Der Ju-

Bei Stimmengleichheit entscheidet der Direktor des Oberversicherungsamtes. Diese Zusammenfassung der Beschlüsse der Kammern ist natürlich durchaus fehlerhaft und ist auch von der Fortschrittlichen Volkspartei bei den Reichstagsverhandlungen aufs schärfste angegriffen worden. Denn sie macht eigentlich die kollegiale Beratung der Beschlüsse der Kammern zu einer Farce und überläßt die Entscheidung dem Direktor des Oberversicherungsamtes. Von seiten der Regierung wurden die Beschlüsse der Fortschrittlichen Volkspartei nach dieser Richtung hin immer bestritten. Der preussische Ministerialerlaß zeigt aber die Richtigkeit der fortschrittlichen Auffassung. Denn der Erlaß schreibt den Oberversicherungsämtern, also doch natürlich nur den an die tätigen Staatsbeamten, vor, was sie in dem erwähnten Falle als angemessene Bedingungen erklären sollen oder nicht. Mitin verliert das Urteil der Laienbeisitzer bei der Beschlüsse der Kammern jeden Wert. Die Einmischung der Regierung in die beschließende Tätigkeit der Oberversicherungsämter ist um so bedauerlicher, als den Beschlüssen der Oberversicherungsämter vielfach Entscheidungen zustehen, die bisher die Verwaltungsgerichte zu treffen gehabt haben. An die Stelle unabhängiger Gerichte, die sich auch bei denen des größten Ansehens und Vertrauens erfreuten, die mit einzelnen Urteilen nicht zufrieden waren, treten mithin Körperlichkeiten, deren beamtete Mitglieder in ihren Entscheidungen von den Staatsbehörden durchaus abhängig sind. Darin liegt ein entschiedener Rückschritt.

wb. Köln, 10. Dezember. Das Oberversicherungsamt hat jetzt wieder den Krankenkassen gestattet, die Barleistungen der Krankenkassen auf 3/4 des gesetzlichen Krankengeldes zu erhöhen. — In Bonn sind zwischen den Krankenkassen und den Ärzten Vereinbarungen auf fünf Jahre zustande gekommen.

Was wird in Elsaß-Lothringen?

Über diese wichtige Frage äußert sich der elsässische Landtagsabgeordnete Alfred Wolf in der neuen Nummer der „Eifel“. Er führt u. a. aus: „Man weiß heute noch nicht, wie letzten Endes die Liquidatoren den Bankrott der Reichsregierung behandeln. Die Verlegung des Regiments kann wohl als der Beginn einer Sühneaktion betrachtet werden. Von ihrem weiteren Verlauf hängt die Wiederherstellung des schwer erschütterten, fast gesunkenen Vertrauens der Elsaß-Lothringer zur Landesregierung ab, wie ja auch der Reichstanzler nur durch genügende Garantieleistung sich die geistliche Mitarbeit des Reichstags sichern kann. Das nach außen ungemein zögernde Verhalten der Regierung in einem Augenblick, wo ihre verfassungsmäßig garantierte Stellung auf der Spitze des Militärabels aufgestellt war, ihr fortwährendes Schweigen dem erregten Bürgertum gegenüber, das ein Anrecht auf die Kenntnis der Meinung der Regierung hatte, schuf eine Erbitterung in allen Volkskreisen, wie sie noch nie dagewesen. Wird diese Spannung nicht rechtzeitig und gründlich dadurch behoben, daß nach außen klar erkennbar wird, daß die Regierung ihre volle Pflicht, was ja möglich ist, wenn auch im stillen, getan hat, werden die kommenden Landtagsverhandlungen eine ständige Quelle der Beunruhigung bilden. In dem Maße der Sühne liegt daher die soziale Voraussetzung der Wiederkehr normaler Zustände. Es ergibt sich aber in voller Klarheit aus dem jämmerlichen Verlauf dieses Konflikts, daß im System etwas nicht stimmt, daß immer neue Erbitterungen drohen, weil der Kontakt zwischen Volkswillen und Parlament einerseits und Regierung und Krone andererseits so ungenügend ist, daß derartige Katastrophen immer wieder entstehen können.“

schauertraum war überfüllt und die Begeisterung, mit der der „Eid“ aufgenommen wurde, gleich einem wahren Taumel. Zeitgenossen erzählen, daß lautes Schluchzen durch die Zuschauerreihen ging. Dazu kam eine geradezu demonstrative Begeisterung, als Don Rodrigo seine Herausforderung sprach: denn kurz vorher hatte Richelieu seine berühmten Erlasse gegen den Zweikampf bekannt gemacht, und man wollte den Tod des Grafen Montmorency-Beauchamp rächen, der wegen Überzeugung dieser Erlasse verurteilt worden war. Später will jedermann den Dichter beglückwünschen, aber der schüchterne, unansehnliche kleine Mann, der vorlegen ein paar Worte stammelt, enttäuscht alle; er ist schüchtern und einfach und in der Unterhaltung langweilig, er versteht nicht recht, was man sagt. Aber trotzdem ist wenige Wochen später der Ausdruck „Eid“ wie der „Eid“ populäre Lebensart geworden, um etwas Herliches zu bezeichnen. Von 1680 bis 1690 wird der „Eid“ 56 Mal gegeben, und seitdem verschwindet er nie mehr ganz vom Repertoire. Dem Erfolg des viel verherrlichten und viel angefeindeten Werkes entsprach von Anfang an auch der Bucherfolg. Erstausgaben vom „Eid“ wurden bald eine bibliophile Kuriosität, und 1905 erfolgte ein Quarto des „Eid“ auf der Versteigerung der Sammlung Daguin den Rekordpreis von 22800 Franken für ein Buch, oder besser gesagt, ein Heft von 128 Seiten.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Vollmüllers „Mizael“ wird in Frankfurt a. M. unter der Regie von Max Reinhardt im Rahmen eines Gastspiels des Deutschen Theaters aus Berlin am 23. Dezember in der Festhalle zur Aufführung gelangen. In Berlin ist das Werk bisher noch nicht gegeben worden.

Um den Direktorposten des Mainzer Stadttheaters haben sich eine Menge Bewerber gemeldet, obwohl die Vergebung des Theaters noch gar nicht ausgeschrieben ist. Die Theaterdeputation hat sich in zwei Sitzungen mit der Sache beschäftigt und gestern beschlossen, der heute stattfindenden Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung zu überlassen, ob die Vergebung des Stadttheaters ausgeschrieben wird oder nicht. Erst dann soll die Personalfrage entschieden werden. Man glaubt, daß eine Ausschreibung diesmal nicht erfolgt, weil sich ja genug Herren schon um das Theater beworben haben.

Deutsches Reich.

* Über die Novelle zum Kaligesez wird offiziell geschrieben: Aus den Kreisen der Rastindustrie ist die Anregung hervorgegangen, gesetzgeberische Maßnahmen in Form einer Novelle zum Kaligesez dadurch entbehrlich zu machen, daß innerhalb der Rastindustrie der Weg der Selbsthilfe beschritten wird, indem durch Vereinbarungen sämtlicher Interessenten die Errichtung neuer Werke möglichst bis zum Ablauf des Kaligesezes im Jahre 1925 oder wenigstens bis zum Jahre 1930 verhindert wird. Die Verhältnisse innerhalb der beteiligten Industrie sind jedoch nicht derart, daß mit der Möglichkeit einer solchen Verständigung zu rechnen wäre, und aus diesem Grunde ist eine gesetzgeberische Maßnahme nicht zu umgehen. Man scheint nun teilweise anzunehmen, daß die kommende Novelle aus fiskalischen Rücksichten der Industrie wesentlich erhöhte Lasten auferlegen wird. Diese Auffassung ist jedoch vollkommen unzutreffend. Wenn eine Gesetzesvorlage eingebracht wird, so liegen ihr fiskalische Rücksichten durchaus nicht zugrunde. Für den Gesetzentwurf werden vielmehr lediglich die wirtschaftlichen Interessen der Rastindustrie maßgebend sein, um diese auf eine sichere Grundlage zu stellen. Werden dabei der Industrie größere Leistungen auferlegt als bisher, so sind diese gewissermaßen nur als eine Versicherungsprämie dafür aufzufassen, daß die Industrie auf absehbare Zeit vor der Neugründung von Werken sichergestellt wird. — Wohlgerichtet, das ist die offizielle Ansicht.

* Ein Defizit des Reichskatholikentags. Der Vorstand des Reichskomitees des Reichskatholikentags hielt vorgestern abend im bischöflichen Palais im Beisein des Bischofs die Schlusssitzung ab, in der der Rechenschaftsbericht erstattet wurde. Das Defizit beläuft sich hiernach auf 8000 Mark. Es ist in der Doppelsprachigkeit der diesmaligen Tagung begründet, die eine doppelte Herstellung der Druckfachen erforderlich machte. Für die Garantiescheine wird nach dem Eingehen aller Unterstufungen eine Nachzahlung von 6 Prozent sich ergeben. Am 22. Dezember findet in der Notre-Dame-Kirche ein Schluß- und Dankgottesdienst statt.

* Generalversammlung der Deutsch-asiatischen Gesellschaft. Die Deutsch-asiatische Gesellschaft hielt am 6. d. M. in Berlin unter zahlreicher Beteiligung der Mitgliedschaft ihre diesjährige Generalversammlung ab. Den Vorsitz führte der Präsident der Gesellschaft Hr. v. d. Goltz. Dr. Bosberg-Kelso begründete unter Anführung von Daten aus dem chinesischen Wirtschaftsleben die Notwendigkeit einer weitläufigen greifenden Aktion, um Deutschland seinen Anteil am künftigen chinesischen Weltgeschäft zu sichern. Die dazu erforderlichen großen Mittel seien, wenn überhaupt, nur zu erreichen durch ein China-Institut, dessen Einrichtung der Referent darlegte. Eine vom Referenten im Auftrag der Deutsch-asiatischen Gesellschaft verfaßte Denkschrift „Ein deutsches China-Institut“ werde demnächst der Öffentlichkeit übergeben werden; eine willkommene Ergänzung zu diesen Ausführungen bildete das folgende Referat des seit Jahren als Berichterstatter deutscher Zeitungen in China lebenden Herrn E. v. Salzmänn zu dem Thema: „Deutschlands Stellung in Ostasien“. In längerer, äußerst interessanter Rede schildert v. Salzmänn die Ursachen des unheilbaren Rückgangs des deutschen Einflusses in China. Für zwei sehr wichtige Mittel zur Wdhilfe hält der Referent eine ausgedehnte Kulturarbeit und den Ausbau des Nachrichtendienstes.

* Die Zentralisierung des Eingabewesens wirtschaftlicher Verbände. Wiederholt ist in den Kreisen des Reichstags darüber Klage geführt worden, daß das übermäßig an Eingaben besonders aus den Kreisen von Industrie, Handel und Gewerbe sich kaum bewältigen lasse und daß es aus diesem Grunde häufig bei bestem Willen nicht möglich sei, die Eingaben einer exakten und genauen Durchsicht zu unterziehen und sie so zu bearbeiten, wie es im Interesse der Antragsteller erwünscht ist. Entsprechend zahlreichen an den Hansabund gelangten Wünschen will dieser nun einen Versuch machen, die Eingaben der einzelnen Verbände auf Wunsch in kurzen Zusammenfassungen des wichtigsten Inhalts und der Begründung dem Reichstag zu über-

Silbende Kunst und Musik. In Neapel wurden in der Kirche Santa Clara unter Wandmalereien einige verloren geglaubte Fresken des Giotto, des Frühmeisters der Renaissance aus dem Trecento, wiedergefunden. Die Arbeiten stellen die Madonna als Gnadenmutter und als Berta sowie verschiedene Heilige dar.

Professor Franz Kullak, der geschätzte Musikpädagoge und Komponist, ist gestern im Alter von 69 Jahren in Wilmerdorf gestorben.

In Frankfurt a. M. ist um den Vortrag, bei der ersten Parsifalaufführung den Parsifal zu singen, zwischen den beiden mit der Rolle betrauten Opernsängern Karl Gentner und Robert Gutt ein grimmiger Streit entbrannt. Keiner will dem anderen weichen und jeder droht dem Intendanten Volkner mit sofortiger Kündigung, wenn er zurückgekehrt wird. Auf den Ausgang des „Frankfurter Sängerkrieges“ ist man in den weitesten Kreisen recht gespannt.

Eine Gedächtnisausstellung zur Erinnerung an Mathilde Wally (geb. 24. März 1821 zu Frankfurt a. M., gest. November 1913 zu London) veranstaltet in Frankfurt das Dr. Nicolaus Knappe musikhistorische Museum in der zweiten Hälfte des Dezembers. Diese Ausstellung wird Dokumente, Bilder, Portraits und Briefe u. a. ihrer bedeutendsten Schülerinnen sowie auch solche der großen Künstler enthalten, die zu ihr in näheren Beziehungen standen.

Wissenschaft und Technik. Auf einer Forschungsreise in der Provinz Snallaga (Kordilleren) ist der aus Österreich stammende Ingenieur Mislo Seljan als Leiter der Forschungsreise samt seinen Begleitern, einem Peruaner als Dolmetscher der Eingeborenenprache und mehreren anderen Ingenieuren, von den die Expedition begleitenden Indianern erschlagen worden.

Der Leiter der wissenschaftlichen Expedition durch den Nordwesten Amerikas, Steffanson, fandte von Point Barrow (Alaska) eine Nachricht, in der er sagt, daß das Schiff „Karluk“ am 12. August, 15 Meilen vom Strande entfernt, eingestoren sei. Da er geglaubt habe, es werde den Winter über festliegen, sei er mit sechs Begleitern an Land gegangen, um zu jagen. Am 20. September sei plötzlich ein Sturm losgebrochen. Als er und seine Gefährten wieder an die betretende Stelle ankamen, war das Eis und mit ihm das Schiff weggetrieben. Das Schicksal des Schiffes und seiner 25 Mann starken Besatzung ist unbekannt.

mitteln, und gleichzeitig, wenn und soweit auch dies gewünscht wird, mit den zuständigen Referenten der Fraktionen über die Bedeutung der einzelnen Vorschläge der Eingaben verhandeln. Der Sanja-Bund hat sich in diesem Sinne an die ihm angeschlossenen Wirtschaftsverbände gewandt. Nähere Auskunft erteilt die Zentrale des Sanja-Bundes, Berlin NW. 7, Dorotheensstraße 36.

Parlamentarisches.

L. O. Eine fortschrittliche Anfrage zur Viehzählung. Die Viehzählung von 1912 hat das bedauerliche Ergebnis gehabt, daß in der Zeit von 1907 bis 1912 der Rindviehbestand in Deutschland um ca. 1/2 Million, der Schweinebestand um 200 000 Stück abgenommen hat — trotz der wachsenden Bevölkerung und des steigenden Fleischbedarfs. In der sogenannten „Caprioli-Periode“ von 1897 bis 1907 war dagegen eine Vermehrung des Rindviehbestandes um 2 Millionen und des Schweinebestandes um 8 Millionen eingetreten, wodurch dem Fleischbedarf des deutschen Volkes im allgemeinen Rechnung getragen sein mochte. Am 1. Dezember 1913 hat wiederum eine Viehzählung durch ganz Deutschland stattgefunden. Es ist natürlich von höchster Bedeutung zu wissen, ob auch diese Zählung wieder die Tendenz einer Abnahme der Viehbestände zeigt, weil in diesem Fall die Regierung und die Volkswirtschaft sich zu energischen Maßnahmen zur Hebung der Viehzucht entschließen müßten. Aus diesem Grunde haben die fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Hoff, Fegter, Dr. Wendorf und Waldstein folgende kurze Anfrage an den Reichskanzler gerichtet: „Die Viehzählung vom 1. Dezember 1912 hat einen erheblichen Rückgang des deutschen Viehbestandes, insbesondere der Rinder- und Schweinebestände, ergeben, der bei der wachsenden Bevölkerung und dem steigenden Fleischbedarf des deutschen Volkes bedenklich erscheint. Zur Entscheidung über die erforderlichen Maßnahmen ist die möglichst frühzeitige Bekanntgabe des vorläufigen Ergebnisses der Viehzählung vom 1. Dezember 1913 wünschenswert. Welchen Termin kann der Herr Reichskanzler für die Bekanntgabe dieses vorläufigen Ergebnisses in Aussicht stellen?“

Die sozialdemokratischen Verfassungsentwürfe haben folgenden Wortlaut: „Hinter Artikel 17 der Reichsverfassung sind folgende Bestimmungen einzufügen: Artikel 17a. Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kanzlers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert. (In weiteren Artikeln 17b bis 17i werden dann Vorschriften über die praktische Durchführung der Verantwortlichkeit, Anklage des Reichskanzlers, Verfahren gegen ihn, Schadenersatz usw. gegeben.) In Artikel 11 Absatz 2 der Verfassung des Deutschen Reichs sind hinter den Worten „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats“ einzufügen: „und des Reichstags“ (erforderlich). Hinter Artikel 23 der Reichsverfassung wird nachfolgender Artikel eingefügt: Artikel 23a. Der Reichstag hat das Recht, behufs seiner Information Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen zu ernennen. Diese Kommissionen sind berechtigt, Zeugen und Sachverständige — auch eidlich — zu vernehmen und überhaupt alle diejenigen Erhebungen zu veranlassen, die sie zur Klärung der Tatsachen für nötig erachten. Die Behörden sind gehalten, diesen Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht innerhalb der Grenzen ihrer Aufgaben die geforderte Unterstützung zu gewähren. Die Mitglieder dieser Kommissionen erhalten für ihre Zeitverräumnisse und Auslagen Entschädigung, deren Höhe reichsgesetzlich festgesetzt wird.“

Heer und Flotte.

Personal-Veränderungen. Oberst Bronsart von Schellendorf, Kommandeur des Grenadier-Regiments (1. Bataillon) Nr. 119, ist unter Enthebung von dem Kommando nach Würtemberg zu den Offizieren von der Armee unter Anweisung seines Wohnsitzes in Berlin versetzt worden. Für die Unterlieutenanten von „L. 1“ und „L. 2“ hat der Hauptauschuss des Deutschen Flottenvereins Berlin-Brandenburg eine Sammlung veranstaltet, die 2387 M. ergeben hat. Dr. Fritz August Wilhelm von Preußen steht auch auf der Spenderliste. Die größte — eine überraschend große — Sammelsumme ist mit 1500 M. vom Eberhard-Ludwig-Gymnasium in Stuttgart gekommen.

Post und Eisenbahn.

Rückgang des Eisenbahnverkehrs. Der Güterverkehr auf der Eisenbahn, der sich in diesem Jahre sehr glatt abwickelt, ist gegen die Vorjahre bedeutend zurückgegangen, was aus Eisenbahnkreisen als Folge einer beginnenden wirtschaftlichen Depression angesehen wird. Auch der Personenverkehr steigt keineswegs so, wie man es erwartet hatte. Da infolgedessen mit geringeren Einnahmen zu rechnen ist, sind die Ausichten auf Schaffung von Verbesserungen und neuen Zügen im Sommerfahrplan sehr gering. Während die preussisch-berliner Eisenbahnverwaltung für unsere Gegend eine Anzahl neue und schnellere Züge plante, nehmen die süddeutschen Eisenbahnen eine vollständig ablehnende Haltung ein. Neue Züge nach Süddeutschland werden deshalb voraussichtlich gar nicht zustande kommen. Wie weit der preussische Eisenbahnminister die Vorschläge der Direktionen unseres Bezirks genehmigt, bleibt abzuwarten. Zweifellos wird auch nur das Dringende und unbedingt Erforderliche bewilligt werden.

— Die Post nach und vom Orient. Seit dem 6. Dezember verkehrt der Nonbentonaug wieder täglich regelmäßig in beiden Richtungen auf der ganzen Strecke zwischen Wien und Konstantinopel. Er wird wieder wie früher zur Postbeförderung von und nach dem Orient benutzt.

Ausland.

Frankreich.

Verordnungen um die englisch-italienische Annäherung. Paris, 10. Dezember. Die französischen Blätter verfolgen mit gesteigerter Aufmerksamkeit und nicht ohne Unbehagen die englische Höflichkeit gegenüber Italien. Vor einiger Zeit hielt der englische Gesandte im Quirinal eine Rede, in der er die englischen Sympathien für Italien ziemlich warm zum Ausdruck brachte und die italienische Politik sehr lobte. Heute nun wird die englische Flotte in Neapel einen Besuch abstatten. Die Pariser Presse glaubt daraus entnehmen zu können, daß die englische Regierung eine derartige Annäherungspolitik nicht ohne Absichten verfolgt und glaubt nicht sehr zu gehen in dem Schluß, daß diese Politik den Zweck verfolge, mit Italien eine Einigung in der Mittelmeerfrage herbeizuführen.

Schweden.

Eine Wehrsteuer. Stockholm, 10. Dezember. Wie in informierten Kreisen verlautet, beabsichtigt die schwedische Regierung, dem Reichstag im Januar einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen Wehrbeitrag ähnlich dem in Deutschland durchgeführten vorseht. Dieser Wehrbeitrag soll eine progressive Einkommensteuer sein, die alle Einkommen von 5000 R. betrifft und während zweier Jahre erhoben werden soll. Diese Wehrsteuer soll im Reichstag in einem großen Gesetzentwurf zu einer vollständigen Reorganisation der gesamten Landesverteidigung eingebracht werden, und es heißt, daß das liberale Ministerium Staaff diesen Gesetzentwurf zu einer Kabinettsfrage machen wird.

Balkanstaaten.

Die Lage der albanischen Grenzkommission. Rom, 9. Dez. Nach einer Meldung der Agencia Stefani aus Argiro Castro ist die internationale Abgrenzungskommission am 7. Dez. dort eingetroffen. Die griechischen Behörden leiteten, um auf die Kommission einen Druck auszuüben, Kundgebungen in die Wege. Während die Kommission die Dörfer passierte, hielten bewaffnete Männer und Frauen die Automobile an und verlangten, daß Epirus nicht albanisch werde. Als eine Frau die Kiste gegen das Automobil richtete, gab der englische Delegierte einen Schuß ab, der jedoch sein Ziel verfehlte. Bei der Ankunft in Argiro Castro wurde die Kommission von einem heiligen Bataillon sowie der Bevölkerung der benachbarten Dörfer und den Mitgliedern des epirischen Komitees empfangen, die sämtlich Waffen trugen und eine Kundgebung zugunsten einer Angliederung an Griechenland veranstalteten.

Eine rumänische Gesandtschaft und ein Generalkonsulat für Albanien. Bukarest, 9. Dezember. Der Ministerrat beschloß, einen dringlichen Gesetzentwurf einzubringen, betr. Schaffung einer Gesandtschaft und eines Generalkonsulats in Salona.

Luftfahrt.

Abnahmefahrten des „S. 6“. Das seit dem 22. November im Gothaer Luftschiffhafen liegende neueste Luftschiff „S. 6“ hat in den letzten Tagen eine Reihe von Luftfahrten vollführt, welche den Zweck hatten, vor der endgültigen Übernahme des Luftschiffers in den Reichsdienst seine Manövrierfähigkeit in den verschiedensten Richtungen zu erproben. So konnte man zum Beispiel beobachten, wie das unter der Führung des Hauptmanns George stehende Luftschiff bald nach seinem Aufsteige rasch eine bedeutende Höhe erreichte und in kurzer Zeit von dieser in eine tiefere Lage überging, aber wie es in höherer Höhe stoppte und schließlich in der Luft auf einer Stelle beinahe still stand. Die Abnahme ist demnach zu erwarten.

Gefährliche Telegraphenlinien. Frankfurt a. M., 10. Dezember. Die hiesige Oberpostdirektion macht darauf aufmerksam, daß den Flugzeugführern, besonders den Fliegern mit Wasserflugzeugen u. a., Gefahren durch folgende oberirdische Telegraphenlinien, die den Rhein kreuzen, drohen: 1. Rechtsseitig 10 Meter unterhalb des Kurhauses Hermannshausen und linksseitig etwa 20 Meter unterhalb des Schlosses Rheinfels sechs Drähte in 40 bis 50 Meter über dem Wasserpiegel. 2. Rechtsseitig etwa 700 Meter unterhalb des Dorfes Ehrenthal über einem auf der Insel Ehrenthaler Weid stehenden eisernen Gittermast nach dem linken Rheinufer acht Drähte in etwa 40 Meter Höhe über dem Wasserpiegel.

Ein neuer Flugplatz. Münster, 10. Dezember. Dem Luftfahrverein für Münster und das Münsterland ist vom Kriegsministerium die Genehmigung erteilt worden, auf dem Exzerzierplatz Lodenheide einen Flugplatz zu errichten. Die Lodenheide wird dafür unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Zunehmender Sparfuss im Regierungsbezirk Wiesbaden.

Von großem Interesse ist eine Statistik, die vom preussischen statistischen Amt veröffentlicht wird. Die Aufstellung ergibt den Beweis, daß der Sparfuss stetig im Zunehmen begriffen ist und namentlich die kleinen Leute mehr und mehr dazu neigen, auf Sparfüßchen zu gehen. Ein kleines Kapital für Notfälle anzuhäufeln. Nach den Aufzeichnungen sind die Sparbüchsen und die von den meisten Sparfüßchen ausgehenden Sparbüchsen der äußere Anstoß zu der gesteigerten Sparfreudigkeit geworden. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der von den preussischen Sparfüßchen ausgehenden Sparbüchsen mit Einlagen bis zu 60 M. um 217 000 Stück; die Zahl der Sparbüchsen mit Einlagen von 60 bis 150 M. stieg vom Jahre 1911 bis zum Jahre 1912 um 21 000; die Zahl der Sparbüchsen mit einer Einlage von 150 bis 300 M. um 7000; mit einer Einlage von 300 bis 600 M. um 15 000; mit einer Einlage von 600 bis 1500 M. um 32 000; mit einer Einlage von 1500 bis 3000 M. um 40 000; mit einer Einlage von 3000 bis 10 000 M. um 40 000 und die Zahl der Sparfüßchen mit einer Einlage von mehr als 10 000 M. um 1000 Stück. Im Jahre 1912 wurden nicht weniger als 12 432 100 M. auf den preussischen Sparfüßchen gespart, und zwar auf 13 810 000 Sparfüßchen gegen 13 418 000 M. im Jahre 1911. Die Sparfreudigkeit und Sparfüßchen waren auf die einzelnen Regierungsbezirke wie folgt verteilt: Königsberg auf 228 000 Sparfüßchen 124,6 Millionen Mark, Gumbinnen auf 77 000 Sparfüßchen 61,4 Millionen, Allenstein auf 65 000 Sparfüßchen 49,8 Millionen, Danzig auf 180 000 Sparfüßchen 119,2 Millionen, Marienwerder auf 168 000 Sparfüßchen 29,8 Millionen, Stettin auf 787 000 Sparfüßchen 381,9 Millionen, Potsdam auf 1 117 000 Sparfüßchen 700,3 Millionen, Frankfurt a. d. O. auf 644 000 Sparfüßchen 453,9 Millionen, Göttingen auf 357 000 Sparfüßchen 320,2 Millionen, Köln auf 240 000 Sparfüßchen 244,0 Millionen, Straßburg auf 83 000 Sparfüßchen 55,9 Millionen, Posen auf 192 000 Sparfüßchen 157,4 Millionen, Bromberg auf 115 000 Sparfüßchen 105,8 Millionen, Breslau auf 708 000 Sparfüßchen 371,4 Millionen, Liegnitz auf 641 000 Sparfüßchen 367,2 Millionen, Oppeln auf 302 000 Sparfüßchen 244,3 Millionen, Magdeburg auf 585 000 Sparfüßchen 307,5 Millionen, Merseburg auf 609 000 Sparfüßchen 516,4 Millionen, Erfurt auf 250 000 Sparfüßchen 189,3 Millionen, Schleswig auf 680 000 Sparfüßchen 808,9 Millionen, Hannover auf 398 000 Sparfüßchen 359,9 Millionen, Hildesheim auf 266 000 Sparfüßchen 292,0 Millionen, Lüneburg auf 259 000 Sparfüßchen 226,9 Millionen, Stade auf 282 000 Sparfüßchen

218,9 Millionen, Osnabrück auf 142 000 Sparfüßchen 185,6 Millionen, Aurich auf 92 000 Sparfüßchen 86,9 Millionen, Münster auf 288 000 Sparfüßchen 491,0 Millionen, Bielefeld auf 248 000 Sparfüßchen 356,1 Millionen, Arnheim auf 770 000 Sparfüßchen 1200,4 Millionen, Kassel auf 341 000 Sparfüßchen 283,1 Millionen, Wiesbaden auf 489 000 Sparfüßchen 332,4 Millionen, Koblenz auf 160 000 Sparfüßchen 193,7 Millionen, Düsseldorf auf 1 220 000 Sparfüßchen 144,0 Millionen, Köln auf 439 000 Sparfüßchen 447,6 Millionen, Trier auf 157 000 Sparfüßchen 204,5 Millionen, Aachen auf 261 000 Sparfüßchen 274,3 Millionen, Sigmaringen auf 28 000 Sparfüßchen 22,3 Millionen. Nach der Einwohnerzahl gerechnet entfallen auf die Stadt Wiesbaden 46 900 Sparfüßchen mit einer Sparsumme von 40 055 000 M.

— Königl. Hofbauamt. Der Vorstand des Königl. Hofbauamts Wiesbaden, Königl. Baurat Dr. Ing. Hercher, ist zum Regierungsrat und Baurat ernannt, aber auf seinen Wunsch vorläufig mit der weiteren Verwaltung seiner bisherigen Dienststelle betraut worden.

— Der Weihnachtsmarkt auf dem Paulbrunnenplatz ist für dieses Jahr eröffnet. Es scheinen die gewöhnlichen Verkäufer von Zucker- und Spielwaren wieder ihre Stände aufgeschlagen zu haben. Sie müssen also immerhin ein Geschäft machen, daß sie die Gelegenheit dazu fortwährend benutzen. Es sind meist Leute, die die Jahrmärkte besuchen und sich auf den Wintermarkt überhaupt eingerichtet haben. Dem ständigen Handelsgewerbe am Platz dürften sie kaum eine nennenswerte Konkurrenz bereiten.

— Zahlung von Unfallrenten. Vom 1. Januar 1914 ab dürfen nur noch die seit 1. Januar 1913 eingeführten Auszahlungsscheine über Unfallentschädigung benutzt werden. Die Unfallrentenempfänger, die bisher die neuen Formulare noch nicht benutzt haben, mögen sich solche rechtzeitig besorgen, da auf das veraltete Formular hin die Renten künftig nicht mehr ausgezahlt werden. Die neuen Formulare sind leicht daran zu erkennen, daß der Raum für die Nummer — rechte obere Ecke — und der für die amtliche Beglaubigung — untere Hälfte des Formulars — von starken schwarzen Strichen umrahmt sind.

— Schreibstube des Stellennachweises für kaufmännische Angestellte im Arbeitsamt. Die Unsicherheit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage hat sich auch auf dem kaufmännischen Arbeitsmarkt in unangenehmer Weise fühlbar gemacht und eine außergewöhnliche große Stellenlosigkeit unter den Kaufmännischen und Bureauangestellten hervorgerufen. Die Verwaltung des Arbeitsamts war sich schon seit länger Zeit bewußt, daß zur Beseitigung der Notlage dieser Berufsstände etwas geschehen müsse und glaubt durch Errichtung einer gemeinsamen Schreibstube die größte Not beheben zu können. Die Gründung einer solchen Wohlfahrtsanstalt im Anschluß an das Arbeitsamt hat der Ausschuss des Stellennachweises für kaufmännische Angestellte in seiner Sitzung vom 28. November einstimmig beschlossen, und sie ist am Mittwoch, den 3. Dezember, von der Verbandsversammlung des Arbeitsamts ebenfalls einstimmig genehmigt worden. Die Schreibstube ist ein Wohlfahrtsunternehmen, das in erster Linie die vorübergehende Beschäftigung arbeitsloser, namentlich in Wiesbaden wohnender Personen der freibewandten Berufsstände hinsichtlich bis zum Wiederantritt einer festen Stelle bezweckt; ferner in Verbindung mit dem Arbeitsamt, an welches sie räumlich angegliedert ist, gebühren- und kostenfrei Stellen vermittelt. Derartige Einrichtungen bestehen bereits in vielen anderen Städten, haben sich dort überall bewährt und auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge vorzügliches geleistet. Den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, ist der Verein auch auf weibliche Personen ausgedehnt worden. Soffentlich entstehen dem sozialen Unternehmen recht viele Gönner, welche dasselbe durch Zuweisung von Schreibarbeiten nach Kräften unterstützen und fördern helfen.

— Tagblatt-Sammlungen. Dem Tagblatt-Berlag gingen an: Für den Verein für das Deutschtum im Ausland: von alten Deutschen gesammelt als Strafe für gebrauchte Fremdwörter 12 M., von C. B. 10 M., für die Herberge zur Heimat: von R. R. 5 M., von C. B. 3 M., von C. B. 10 M., für den Nassauischen Gefangenenverein: von R. R. 5 M., von C. B. 10 M., für die Vindobona: von C. B. 20 M., von C. B. 10 M., von C. B. 3 M., von Frau Dr. R. 10 M., für das Gefangenhaus: von Frau Dr. R. 10 M., von C. B. 3 M., von C. B. 10 M., für den Armenverein: von C. B. 10 M., von C. B. 3 M., für die Schrippenstraße: von C. B. 2 M., von C. B. 10 M., für das Asyl Lindenhaus: von C. B. 10 M., für Speisung bedürftiger Kinder: von R. R. 1 M., von C. B. 10 M., von C. B. 3 M., für die Augenheilkunde: von C. B. 2 M., für das Rettungshaus: von C. B. 10 M., von C. B. 8 M., von C. B. 10 M., für den Gefangenverein für Frauen, Mädchen und Kinder: von R. R. 5 M., von R. R. 5 M., für Hohen für Arme: von C. B. 2 M., für den Kinderhort: von C. B. 10 M., von C. B. 3 M., für die Gruppensicherung: von C. B. 3 M., von C. B. 10 M., für die Frühkind für Schulkind: von C. B. 2 M., für die Kinderbenachteiligten: von C. B. 10 M., für die Diakonissen in Scherren: von C. B. 3 M., von C. B. 10 M., für das Diakonissenheim, Emmer Straße: von C. B. 10 M.

Theater, Kunst, Vorträge.

*** Im Königl. Theater** gelangt heute, infolge Erkrankung des Herrn Nischenstein, statt der angekündigten Vorstellung „Eine Nacht in Venedig“ Offenbachs Operette „Der Hofmanns Erzählungen“ zur Aufführung (Abonnement C.).

*** Kunsttheater.** Heute Donnerstag wird „Prinzchen“ nochmals wiederholt. Morgen Freitag wird als 1. Vorstellung zu kleinen Preisen „Die Schaffbrüder“ gegeben. Am Samstag findet nicht, wie angekündigt, „Seine Geliebte“, sondern die Premiere des pittoresken französischen Schwanen „Ein Walzer von Chopin“ statt. Das lustige Werk ist Jag- und Repertoirestück des Berliner Heidens-Theaters, wo es 200 Aufführungen nacheinander erlebte.

Vereins-Nachrichten.

*** Der Verein pensionierter deutscher Reichs- und Staatsbeamten** hält Freitag, den 12. d. M., abends 7 Uhr, in der „Wartburg“ seine Monatsversammlung ab.

Vereins-Versammlungen.

*** Der Verein der Handelsagenten Wiesbaden.** C. B. 7. hielt am 6. Dezember in seinem Vereinslokal „Wiesbadener Hof“ die diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab, in welcher folgende Herren in den Vorstand gewählt wurden: Karl Raaschdorf, 1. Vorsitzender, C. Dittmann, 2. Vorsitzender, Alfred Feucht, 1. Schriftführer, R. Pöhlmann, 2. Schriftführer, W. Anader, Kassierer, ferner sind bestimmt die Herren L. R. Schmid und Eugen Schmid zu Revisoren. In den Vorstand der Ertelbank wurden die Herren W. Anader, C. Dittmann und C. Pöhlmann gewählt. Der Verein der Handelsagenten ist dem über 50 Vereine mit etwa 600 Mitgliedern zählenden Zentralverband deutscher Handelsagenten in Berlin angeschlossen und bezieht die Lage seiner Mitglieder und die gesetzlichen Bestimmungen zu verfeinern sowie überhaupt die Hebung des Standes. Der Verein besitzt u. a. eine Sterbestelle, welche den Hinterbliebenen der verstorbenen Mitglieder einen festgesetzten Betrag auszahlt. Die Geschäftsstelle befindet sich Emmer Straße 40.

* Am 30. November d. J., nachmittags 3 Uhr, versammelte sich in der Restauration „Wartburg“, Schwalbacher Straße 51, eine große Anzahl ehemaliger Angehöriger der deutschen Jäger- und Schützenbataillone, um einen Verein zu gründen: „Ehemalige Jäger und Schützen von Wiesbaden und Umgegend“. 45 Kameraden wurden in die Mitgliederliste eingetragen, darunter verschiedene höhere Offiziere und Staatsbeamte. Zum 1. Vorsitzenden des Vereins wurde einstimmig Herrmeister Prof. Dr. Messger gewählt. Der 1. Vorsitzende des Vereins ehemaliger Jäger und Schützen Frankfurt a. M., Oberförster Med. der über den Werdegang und die Entwicklung des Frankfurter Vereins, der in kurzer Zeit unter seiner Leitung von 41 auf 200 Mitglieder gewachsen ist, berichtete, beglückwünschte den neuen Verein und brachte ein dreifaches „Glorio“ auf das Wadfen, Mähen und Gedeihen desselben aus. Kameraden, die sich bis zum 14. d. M., 3 Uhr nachmittags, bei der Versammlung in der „Wartburg“ als Mitglieder eintragen lassen, sind von dem Eintrittsgeld befreit und gelten als Mitbegründer des Vereins.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

o. Biebrich, 10. Dezember. Die Entscheidung in der von uns seinerzeit gemeldeten Submission des Neubaus der Unteroffizierskaserne ist gestern gefallen. Das Ergebnis ist insofern sehr erfreulich, als sämtliche Arbeiten hier am Tage anstehenden Firmen übertragen wurden. Im einzelnen erhielten folgende Unternehmer den Zuschlag: Los 1, Erd- und Maurerarbeiten des Hauptgebäudes, Herr Andreas Maurer; Los 2 und 3, Erd- und Maurerarbeiten zu den Nebengebäuden, die Maurermeister Georg Winkler und Karl Martin in Gemeinschaft mit der Firma Dyckerhoff und Widmann, A.-G.; außerdem erhielt die letztere Firma Los 4, die Ausführung der Massivdecken in den Haupt- und Nebengebäuden, übertragen. Mit der Bauausführung soll schon in der nächsten Woche begonnen werden.

— Dohheim, 10. Dezember. In letzter Zeit hört man hier von mehreren Einbruchversuchen, doch ist den Dieben bis jetzt noch nichts in die Hände gefallen, da sie immer gestört wurden. Die Täter sind noch unbekannt. — Die schon längere Zeit in Vorbereitung gewesene Ortschronik „Dohheim in Wort und Bild“ ist dieser Tage erschienen und dem Andenken des Mitbegründers des Rast. Altertumsvereins, Herrn Pfarrer Lutz (1818 bis 1898), gewidmet. Der Überlieferung fällt der Kleinkinderschule und den Crisakman zu. — Durch den Gemeindevorstand wird zur Bekämpfung der Sperlingsplage, die in diesem Jahre wieder besonders stark ist, aufgefordert. — Bürgermeister Sporkhorst ist für kürzere Zeit beurlaubt und wird durch den Weigeordneten J. Wintermeyer vertreten.

— Kuppenheim, 10. Dezember. Wie der Vorstand des Gesangsvereins „Concordia“ uns mitteilt, hat der Dirigent, Herr Thomas, sein Amt niedergelegt, weil er glaubte, den an ihn gestellten Anforderungen des Vereins in Anbetracht seiner Jugend noch nicht gewachsen zu sein. Wegen des früheren Dirigenten G. H. b. bemerkt der Vorstand, daß derselbe allerdings sein Amt niedergelegt habe, aber erst, nachdem er von dem Verein bereits entlassen gewesen sei.

Nassauische Nachrichten.

ht. Odersbach, 9. Dezember. Im Alter von 63 Jahren starb der hiesige Ortsprediger, H. Dr. Diedmann. Mit dem Verstorbenen scheidet einer der wissenschaftlich bedeutendsten Geistlichen der hiesigen Landeskirche aus dem Leben. Diedmann war als geborener Nassauer einer der ersten Kenner des Lebens des Herrn vom Stein. Der Großvater des Verstorbenen hat seinerzeit beim Tode des Freiherrn die Grabrede gehalten.

Aus der Umgebung.

h. Frankfurt a. M., 9. Dezember. Die 63jährige Tochter des Sattlers Saligner in der Friedberger Landstraße wurde beim Spielen am Herde von den Flammen erfasst und erlitt so schwere Brandwunden, daß sie nach wenigen Augenblicken starb. — ht. Vom Polizeipräsidium wird seit geraumer Zeit allen neuentstehenden Caféhäusern ohne Ausnahme die Nachkonzession verweigert. Die Geschäfte müssen alle um 2 Uhr nachts schließen, während ältere Lokale unbeschränkte Polizeistunde haben.

— Bad Homburg, 9. Dezember. Der aus Kleinfarben gebürtige und vor längerer Zeit nach Solivar im Staate Columbia ausgewanderte Monteur Rau, der dort bei einer großen Firma eine gute Stellung gefunden hatte, ließ seine in Kleinfarben zurückgelassene Familie nachkommen. Wie jetzt bekannt wird, erfuhr die Familie bei der Ankunft, daß der Vater von einheimischen Arbeitern ermordet worden war. Die Firma stellte der Familie die Mittel zur Rückreise zur Verfügung. — ht. Die heutige Stadivervordnetenversammlung lehnte einen Antrag des Magistrats, die Abfahrt des Früh-Väderzuges nach Wiesbaden von 7.30 Uhr auf 8 Uhr zu verschieben, mit der Begründung ab, daß dann in Wiesbaden die Anschlüsse nach dem Rhein und Holland verloren gingen.

Gerichtssaal.

wb. Das Urteil im Sonnenberger Landfriedensbruch-Prozess. Weinigen, 10. Dezember. Nach fünftägiger Verhandlung wurde gestern gegen Mitternacht der Sonnenberger Landfriedensbruch-Prozess vor dem hiesigen Schwurgericht beendet. Es handelte sich um Ausschreitungen gelegentlich des Streiks der Packer und Einbinder in Sonneberg im Juni d. J. Neun Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu einem Jahre verurteilt. Zur Verhandlung waren 135 Zeugen geladen.

wb. Das Urteil in einem Prozeß gegen die Prinzessin Luise. Brüssel, 10. Dezember. Im Prozeß der Eheleute Schneemann (Hamburg) gegen die Prinzessin Luise von Belgien wurde heute vormittags das Urteil verkündet. Die Forderung der Eheleute Schneemann in bezug auf die gerichtliche Erteilung wird kostenpflichtig abgewiesen, aber der vertragliche Verkaufsabluß einer Villa in Nachen als in Belgien gesetzlich erklärt.

Sport und Spiel.

* Turnereisches. Im „Turnverein“ in der Hellmündstraße 25 wird am Samstag, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, der zweite Vorabend des „Turnvereins“ Herr Wilhelm Rüdiger über den Verlauf des 12. deutschen Turnfestes sprechen. Mit dem Vortrag sind kinematographische Vorführungen verbunden, wozu 1000 Meter Film zur Verfügung stehen. Der Film enthält die beiden Festzüge, Aufmarsch und

Freibungen der 17000 Turner, Turnen der einzelnen Kreise, Gildotenläufe usw.

* Vom New Yorker Sechstagerrennen. New York, 10. Dezember. Heute nacht 1 Uhr (7 Uhr früh Berliner Zeit) waren von der Spingruppe 1841 Kilometer zurückgelegt, eine Strecke, die 100 Meter hinter dem Rekord zurückliegt. Gehir und Moran sind ausgeschieden, dafür sind Clark und Grenda als neue Mannschaft eingetreten und mit einer Strafrunde belegt worden. Ebenfalls eine Runde zurück Walker-Corry, sieben Runden zurück Kopsky-Reese. Die übrigen Mannschaften sind noch zusammen.

Neues aus aller Welt.

Sum Grubenunglück auf der Zeche Jäfern. Essen, 10. Dezember. Von den fünf bei einer Schlagwetter-Explosion auf der Zeche Jäfern vor einigen Tagen bebrannten Bergleuten sind zwei gestorben. Der Zustand der übrigen ist hoffnungslos.

Der geheimnisvolle Tod des Grazer Millionärs. Graz, 10. Dezember. Der Tod des Barons Pfeiffer der sich angeblich, wie berichtet, mit Morphium vergiftet haben sollte, beschäftigt jetzt die Staatsanwaltschaft. Die Geliebte des Barons, Klona v. Bezgah, die zusammen mit Pfeiffer ebenfalls Morphium nahm, aber gerettet wurde, erklärt, der Baron sei am Herzschlag gestorben und sie habe sich aus Kummer über seinen Tod mit Morphium vergiftet wollen. Da das gesamte, mehrere Millionen Kronen große Vermögen des Barons testamentarisch von diesem seiner Geliebten vermacht worden ist, und da die Todesursache bisher nicht einwandfrei festgestellt werden konnte, hat die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung eingeleitet.

Kirchenfunde. Rom, 10. Dezember. Bei den Restaurierungsarbeiten, die gegenwärtig in der Kirche von St. Cläre in Neapel vorgenommen werden, fiel man auf die Gräber der Prinzen von Anjou. Weiter wurden verschiedene gut erhaltene Fresken von Giotto entdeckt. Die Restaurierungsarbeiten werden gegenwärtig noch fortgesetzt.

Wintertürme in Nordamerika. London, 10. Dez. „Daily Chronicle“ meldet aus New York vom 9. d. M.: Die ganze nördliche Hälfte der Vereinigten Staaten vom Pazifik bis zur atlantischen Küste ist von einem heftigen Winterturm heimgesucht. Denver (Colorado) ist von der Außenwelt abgeschnitten. Rab ungenügend sind schwer zu erhalten und die Leichen können nicht begraben werden. Der Bahnverkehr ist gestoppt. Auf den großen Seen wüten heftige Stürme und drei Passagierdampfer auf dem Michigan- und dem Erie-See sind mit allen Personen am Bord gesunken.

Deutscher Reichstag.

Nachklänge zu Zabern.

Berlin, 10. Dezember. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Im Reichstag ging es heute verhältnismäßig ruhig zu. Man hatte das Gefühl, daß die Zaberner Vorgänge allmählich aus der Debatte zu verschwinden beginnen und das Haus ziemlich schnell fertig ist. Der konservative Abgeordnete Graf Westarp beschäftigte sich sehr eingehend mit dem Etat. Im übrigen tadelt er die Zivilverwaltung, die nach seiner Ansicht in die Zaberner Angelegenheit mit einem preussischen Donnerwetter hätte hereinzufliegen sollen. Der Herr Graf möchte eben ganz Süddeutschland nach preussischem Muster regiert haben. Der Abgeordnete Wiemer brachte dagegen ziemlich unerbittlich zum Ausdruck, daß die elassische Regierung noch keineswegs beruhigt sei, denn man könne zurzeit noch nicht wissen, ob etwas Durchgreifendes gegen das Regiment Deimling in Elßa-Lothringen geschehe. Weiterhin bedauerte der fortschrittliche Redner, daß der Kaiser hohe Politik in Donaueschingen und nicht in Berlin mache. Die Bedeutung des Mißtrauensvotums hielt er voll aufrecht. Nur wüßte auch er nicht, welche Folgerungen daraus zu ziehen seien. Der Kriegsminister sprach heute ruhiger und besonnener als in der vorigen Woche. Aber er zeigte eine übergroße Empfindlichkeit gegen Zwischenrufe aus dem Hause, die der Präsident tadelte. Ferner wollte er nach wie vor eine öffentliche Kritik des Disziplinarrechtes der Vorgesetzten nicht zulassen. Auch eine Bekanntgabe der militärischen Fragen hielt er sonderbarerweise für unangebracht. Die paar Tage Stuben-arrest, die Herr v. Forstner erhalten hat, hielt er für eine ausreichende Sühne, während man doch allgemein weiß, daß diese Strafe recht wenig zu bedeuten hat und Herr v. Forstner auch nach der Strafe recht herausfordernd aufgetreten ist. Dann klang die Debatte immer mehr und mehr ab. Späterhin erließen der Reichskanzler im Saal. In den Wandelgängen aber bildeten sich allerlei Gruppen, die sich darüber aussprachen, warum das Mißtrauensvotum keinen stärkeren Erfolg gehabt habe. Man fand den Grund darin, daß die verschiedenen Elemente der Opposition, die für das Mißtrauensvotum gestimmt hatten, viel zu wenig gleichartig seien, als daß über die Frage eines anderen Regiments sich hätte eine Übereinstimmung erzielen lassen. In später Stunde ergriff der Reichskanzler das Wort. Er sprach ziemlich ausführlich über die Frage des Arbeitswillens, aber er konnte nichts Positives versprechen. Er sagte zwar, daß infolge der neueren Entwicklung durch die Gewerkschaften und den Druck, den diese ausübten, die Gesetzgebung gewisse neue Bestimmungen erhalten müsse, aber über die Art der selben lasse sich zurzeit noch nichts sagen. Die Regierung macht es nämlich wie die nationalen Parteien, sie sammeln Material und will es dann dem Hause unterbreiten. Auf diese Weise wird der Reichstag vorläufig von einer Aktion verschont bleiben. Der Kanzler behandelte diese Frage historisch und fand gerade bei dieser Darstellung ziemlich Beifall.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

Berlin, 10. Dezember.

Am Bundesratsitz: Staatssekretär Dr. Bischoff und Dr. Seiwald.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 12.18 Uhr. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Frage, ob die in die Wahllisten eingetragenen Wähler bei einer Nachwahl zur Ausübung des Wahlrechts auch dann berechtigt sind, wenn sie inzwischen ihren Wohnsitz verlegt haben.

Die Kommission beantragt, diese Frage zu bejahen und das Resultat dem Reichskanzler zur Kenntnisnahme mitzuteilen.

Nach kurzer Debatte wird die von dem Abg. Dr. Arendt (Npt.) und Dr. Passche (natl.) beantragte Überweisung an eine Kommission abgelehnt und der Antrag der Kommission angenommen.

Die erste Beratung einer internationalen Abereinunft, betreffend Maßnahmen gegen Pest, Cholera und Gelbfieber, wird ohne Debatte in erster Lesung erledigt und die Vorlage in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Initiativantrages Wassermann, betreffend Bewilligung von 500 000 M. als erste Rate für die Beteiligung bei der Weltausstellung in San Francisco.

Abg. Dr. Arendt (Npt.): Auf Grund meiner Erfahrungen habe ich schwere Bedenken gegen eine solche Beteiligung. Die Weltausstellungen haben sich überlebt, sie sind zu Jahrmärkten und Nummernplätzen geworden. Den Hochausstellungen gehört die Zukunft. Die hauptsächlich in Frage kommenden deutschen Industriezweige, so der chemische, haben eine Beteiligung in San Francisco abgelehnt. Außerdem droht uns die Gefahr des mangelnden amerikanischen Uebersehens. Ich bitte um Ablehnung des Gesetzes.

Abg. Wassermann (natl.) bittet um Überweisung des Gesetzentwurfes an die Budgetkommission.

Das Haus beschließt die Überweisung an die Budgetkommission.

Darauf wird die erste Lesung zum

Etat

fortgesetzt. (Im Saale erscheinen der Reichskanzler und der Kriegsminister v. Falkenhayn sowie die Staatssekretäre Dr. Delbrück, v. Jagow, Krücke und Dr. Solf.)

Abgeordneter Graf Westarp (kons.):

Es ist zuzugeben, daß ohne den wirtschaftlichen Aufschwung, den Deutschland genommen hat, die Finanzen sich nicht so hätten entwickeln können, wie sie es getan haben; andererseits aber steht fest, daß ohne die durchgreifende Finanzreform von 1909 auch nicht annähernd ein derartiges Resultat erzielt worden wäre. In dem vorliegenden Etat spielen die beiden Faktoren die Hauptrolle, der enorme Bedarf für die Wehrvorlage und die Besteuerer.

Nicht aus Rechtsaberei oder Kritik, sondern aus prinzipiellen Bedenken heraus muß ich sagen, daß die Reichswertzuwachssteuer nach unserer Auffassung nur ein erster Schritt auf dem Wege zur direkten Reichsteuer ist, dessen Endziel wir auf das allereinstrebende bekämpfen.

(Bravo! rechts.) Die Einnahmequellen des neuen Etats sind keineswegs gesichert, insbesondere kommt das Wehrbeitragsgesetz in Betracht. Die für den Wehrbeitrag erhobenen Beiträge dürfen nicht für andere Zwecke als für diesen Wehrbeitrag verwendet werden. Nun zur Politik! Wir können uns freuen, daß während der vergangenen Balkanwirren der Friede unter den Großmächten erhalten worden ist. Unsere Aufgabe bestand darin, die Bundesverträge zu halten und eine Bedrohung unserer Bundesgenossen hintanzuhalten. Österreich-Ungarn hat an keine Eroberungspolitik gedacht, wie Graf Berchtold hervorgehoben hat. Ein selbständiges Albanien war auch unser Wunsch. Wir konnten also nicht ins Schleptau einer Expansionspolitik genommen werden. Der Dreikönig hat seine Festigkeit bewiesen und ist dadurch zu einem Instrument des Friedens geworden. Was die innerpolitischen Verhältnisse anlangt, so ist es nicht richtig, daß das ganze Volk hinter dem Votum des Reichstags in der Zaberner Angelegenheit steht. (Sehr gut!) Sehr weite und wertvolle Volkskreise sind unserer Ansicht. (Sehr richtig! rechts.) Ich schäme die Herren Fehrenbach und von Capper sehr hoch. Deshalb tut es mir leid, daß sie dem Lobe des Herrn Scheidemann ausgesetzt sind. (Heiterkeit.) In Zabern ist nach und vor der Instinktsinn der vom 2. Oktober fortlaufend eine Reihe immerwiederkehrender Verästelungen und Verschimpfungen vorgekommen. Deshalb war das Militär nicht nur berechtigt, sondern ernstlich verpflichtet, einzuschreiten.

Wir wissen dem Kriegsminister Dank, daß er unseren Standpunkt im Falle Zabern teilt.

(Rebhafter Beifall rechts; Lärm und Pfuirufe bei den Soz.) Wenn Sie mich auch mit Pfuirufen beschimpfen, das ist mir ganz gleich. (Vizepräsident Dr. Passche: Pfuirufe sind nicht mit der Ordnung des Hauses vereinbar. Wenn ich wüßte, wer sie getan hätte, würde ich die Betreffenden zur Ordnung rufen.) Die Vorgänge vom 3. und 4. Dezember erkennen wir als ein Glied in der Kette der Verjüngung, das Seer zu demokratisieren. Mit Bezug auf die Verlegung des Militärs von Zabern legen wir uns vollkommen Zurückhaltung auf, denn es handelt sich um Maßnahmen des Oberbefehls. Kritizieren aber müssen wir das Verhalten der Zivilverwaltung. (Sehr richtig! rechts.) Der Staatssekretär Jörn von Bülach war früher Mitglied der konservativen Fraktion. Jetzt aber ist er durch die lange zeitliche und drückende Entfernung von uns abgekommen. Sein Telegramm im „Berliner Lokalanzeiger“ und noch mehr seine Besprechung mit dem Reichsminister der „Berliner Morgenpost“ — daß es nicht der „Bismarck“ gewesen ist, erkennen wir noch an — (Heiterkeit), waren nicht am Platz. Die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ gibt Maßnahmen bekannt, die nicht von der Zentralstelle fundiert worden sind. Auch da bleibt ein Zweifel bestehen. Der Kreisdirektor von Zabern kennzeichnete in einer Rundgebung die Vorkommnisse als regelhafte Überschreitung gewisser Bevölkerungskreise. Und weshalb war ihm diese Erkenntnis nicht schon früher gekommen? Ja, Himmelstürme! (Große anhaltende Heiterkeit.)

Hätte ich als Landrat mich in ähnlicher Lage befunden, ich hätte ein polizeiliches Einschreiten schon früher für notwendig gehalten.

Elßa-Lothringen ist früher von einem Präfelden sehr streng regiert worden unter direktem Einfluß von Paris. Von irgend einer Selbständigkeit oder freiherrlichen Selbstverwaltung, wie es hier charakteristisch ist für die preussisch-deutsche Gesetzgebung (Große Heiterkeit) war keine Rede. Ernste vaterländische Kreise befürchten, daß der bisherige Weg nicht dazu führen werde, Elßa-Lothringen dem deutschen Vaterland anzugliedern, wie es erwünscht wäre im eigenen Interesse des Landes und für die Sicherheit des Reichs. Noch steht nicht fest, wie die Preussinnen sich zum Mißtrauensvotum verhalten. Zentrum und Nationalliberale wollen darin nicht die Aufforderung erblicken zur Demission des Reichskanzlers. Wir haben es vorausgesagt, als die Interpellationsanträge zugelassen wurden, daß es so kommen müsse, wie es gekommen

ist. Die bürgerlichen Parteien hätten besser getan, wenn sie uns damals gefolgt wären. (Sehr richtig! rechts; Lachen links.) Ich möchte nicht in Ihr Inneres sehen. (Seiterkeit.) Es ist am 8. und 4. Dezember hier ein Urteil über schwebende Gerichtsverfahren gefällt worden. Wie verhält sich das mit Ihrer Ansicht über die selbständigen Gerichtsentscheidungen? (Sehr gut rechts, Unruhe links.) Da besteht doch ein fundamentaler Widerspruch. (Sehr gut! rechts.) Heute ist Mittwoch. (Sehr richtig links, große Seiterkeit.) Diese Seiterkeit paßt in den Rahmen der Verhandlungen der vorigen Woche. Es haben sich hier Szenen abgespielt, Rärm und wilde Rufe, die nur den Zweck haben sollten, zu kränken und den Ministern es unmöglich zu machen, zu sprechen. Daß dadurch das Ansehen des Reichstags gelitten hat, ist klar nicht nur in weiten Kreisen des Volkes, sondern auch im Ausland. (Sehr richtig! rechts.) Zuruf bei den Soz.: Sie können noch ganz anders schimpfen! Aufre rechts: Ruhe!

Durch den Beschluß des Reichstags ist sein Ansehen nicht gefördert worden. Staatsrechtlich hat er gar keine Bedeutung. Der Bundesrat kann nicht Stellung zu ihm nehmen; er wandert dahin, wohin er gehört: in den stenographischen Bericht. (Sehr gut! rechts.) Nirgends wird größerer Zwang ausgeübt, als bei den Sozialdemokraten, bei denen es heißt: Erst rot, dann Brot! Um diesem Terror zu beugen, bringen wir unseren Antrag auf Schutz der Arbeitswilligen ein. Wir treiben mit diesem Antrag Mittelstandspositiv. Ohne ein Verbot des Streikpostens kann dem Übel des sozialdemokratischen Terrorismus nicht abgeholfen werden. In dieser Frage muß aber die Regierung führend vorgehen. Es handelt sich hierbei um ein dringendes Lebensbedürfnis. Ohne einen Rückgang des sozialdemokratischen Terrorismus müssen wir und weite Kreise des Volkes mit uns in eine ernste Zukunft blicken. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Kühn: Graf Westarp hat die Wirkung der Zuwachsteuer als Besitzsteuer kritisiert. Zuwachsteuer und Beibrückung hängen eng zusammen. Darin hat der Vorredner recht, daß der Bundesrat den Beibrückung nicht zu einer dauernden Einrichtung machen will.

Abg. ordneter Dr. Wiemer (Dpt.):

Wir weichen in unserer Auffassung über das Mißtrauensvotum vom Zentrum und von den Nationalliberalen ab. Da die Sozialdemokratie dem Reichskanzler die Fähigkeit zum Weiterarbeiten abnimmt, so müssen sie ihrerseits die Mitarbeit einstellen. Das wäre noch kürzlicher als der Streik in der Rüstungskommission. Bei der Poleninterpellation sprach doch auch die Mehrheit ein Mißtrauensvotum aus. Trotzdem bewilligte die Sozialdemokratie dem Reichskanzler die Mittel für die Militärverträge. Wo bleibt da die Konsequenz? Der Reichskanzler bemüht sich mit überflüssiger Schärfe, die Bedeutung des Votums herabzusetzen. Er tritt sich in der Bedeutung des Votums herab. Es war keine einfache Stimmzählung. Die Wirkung kann auf die Dauer nicht ausbleiben. Wir haben nicht gewollt, daß es so kommt.

Wir wollen eine Stärkung des parlamentarischen Regimes (Mahl rechts.), das immer noch besser ist, als der jetzige Scheinkonstitutionalismus.

Der Kanzler hat es nicht als nötig erachtet, uns die Maßnahmen in Zubern mitzuteilen. Unsere Kenntnis beruht in den Mitteilungen der „Nordd. Allg. Ztg.“. Die Verlegung des Regiments ist eine Strafe für das Regiment, das vielfach familiäre Beziehungen zu Zubern Familien hat, aber auch die Mißbräuchlichkeit ist in Zubern Familien gezogen.

Deshalb sollte das Militär baldigst, wenn Ruhe zurückgekehrt ist, zurückgerufen werden.

Die Rekruten können recht milde behandelt werden. Mit seinem Himmelsanruf hätte Graf Westarp in Elshof-Verträgen verteuert wenig imponiert. (Sehr gut! links.) Der Reichstag kann mit Stolz auf seinen Beschluß vom 1. Dezember zurückblicken. Er will die Gesetze respektiert wissen. Wir protestieren gegen die Art und Weise, wie von den Konservativen hier die Gesetzesverletzung von Zubern beachtet und verteidigt wird. Mit der Regelung der braun-schweigischen Frage sind wir durchaus einverstanden. Die Erklärung des jetzigen Herzogs, daß er der Verfassung, und den durch den Bundesvertrag ihm auferlegten Verpflichtungen unerschütterlich treu bleiben werde, genügt uns. Wenn die we.liche Partei noch wie vor auf die Wiederherstellung des Königreichs Hannover hinwirken will, dann mag sie es werden und bleibt es. Der gegenwärtige Zustand in Mecklenburg ist ein Hohn auf den modernen Staatsgedanken. (Beifall links.) Den günstigen Ausblick, den der Reichskanzler hinsichtlich der Finanzen gab, begrüßen wir. Wenn nicht neue Ausgaben in den nächsten Jahren hinzutreten — ich weiß nicht, wie der Marine- und Luftsektar denkt — so werden wir zu günstigen Finanzen auch in den nächsten Jahren kommen. In dankenswerter Weise hat Herr v. Hertling eine bestimmte Erklärung hinsichtlich der Einschränkung der Rüstungen abgegeben. Wir halten daran fest, daß eine internationale Verständigung in dieser Frage herbeigeführt werden muß.

Was die wirtschaftliche Lage Deutschlands anlangt, so ist eine rückwärtige Konjunktur unerkennbar.

Die Schuld daran trifft ganz wesentlich die preussische Eisenbahnerverwaltung. Die Reichsbank sollte bei ihrem großen Goldbestande wieder dazu übergehen, den Diskont weiter herabzusetzen. Dem Grafen Westarp muß ich das Recht bestreiten, namens des Mittelstandes zu sprechen, wenn er Verschärfungen des Arbeitswilligens verlangt. Für Ausnahmefälle werden wir nicht zu haben sein. Hinsichtlich der neuen Handelsverträge wäre es wünschenswert, wenn die Regierung auf Drängen der Kamern einen Maximal- und Minimaltarif der neuen Handelsverträge vorlegen würde. Wir wünschen, daß die vielzuckelnde Landwirtschaft gestärkt werde, damit wir die Fleischversorgung aus eigener Kraft bewerkstelligen können. Hierzu ist allerdings nötig, daß baldmöglichst bald die Rollen der letzten Viehzählung vorgelegt werden. Mit Genugtuung begrüßen wir die bevorstehende Reform des diplomatischen Dienstes.

Wir verlangen, daß die Diplomaten eine mehr wirtschaftliche und kaufmännische Ausbildung bekommen.

Der Fall Schlieffen muß in der Kommission weiter erörtert werden. Wir stimmen der Tätigkeit der Leitung unserer auswärtigen Politik zu. Diese zeigt wohl überlegtes Handeln, und wir wünschen nur, daß diese Tätigkeit nicht durch impulsive Eingebungen und Rundgebungen durch Verbesservorgänge und durch Verleumdungen von Parisallüren gestört wird. Wir freuen uns über die guten Beziehungen zu England. Die Beteiligung an der Weltausstellung in San Francisco dürfen wir nicht von

der Haltung Englands abhängig machen. Der Reichskanzler muß nicht nur die Rechte der Krone wahren, sondern auch die des Volkes. Die preussische Wahlrechtsreform ist immer noch nicht gekommen. Es muß nicht nur der Konflikt zwischen Militär und Zivilbehörde gewahrt werden, sondern auch zwischen Kanzler und Kaiser.

Es ist unhaltbar, daß der Kanzler 30 Stunden seiner kostbaren Zeit opfern muß für einen dreiviertelstündigen Vortrag in Donaueschingen.

Es ist betäubend, daß dieses Jubiläumsjahr mit seinen großen Opfern abschließt mit einer schmerzlichen Enttäuschung der freisinnlichen Vaterlandsfreunde, daß der Schaden nicht wieder gut gemacht werden kann, der angerichtet ist, und gerade das tut bitter not. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Falkenhahn:

Ich muß mit einigen Worten auf die Zubern Vorkommnisse

zurückkommen. Von meiner Person abgesehen, muß ich die hier angegriffenen Offiziere in Schutz nehmen. Es wird gesagt, es sei nicht schnell genug gegen die betreffenden Offiziere eingeschritten worden. Das ist nicht richtig. Geheimnisfrämerei ist nicht getrieben worden. Am 6. Dezember erschien der Zeitungsartikel, am nächsten Tag wurde der beschuldigte Offizier gehört und zur Rechenschaft gezogen, und schon am 8. Dezember wurde in der Presse bekannt gegeben, daß eine beschuldigte Verleumdung der Bevölkerung nicht vorläge. (Lachen bei den Soz.) Die 75 Rekruten sind gleichzeitig gehört worden, um festzustellen, in welchem Umfange Verleumdungen dieser Leute vorgekommen sind. Aber noch zur Zeit dieser Vernehmungen fehlten Strafenaufläufe und die Pressekampagne mit neuen Anschuldigungen gegen die Offiziere ein.

Daß damals von einer Verleumdung des Offiziers nicht die Rede sein konnte, habe ich schon ausreichend dargelegt.

Was nachträglich in der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Verleumdung des Offiziers und des Unteroffiziers wegen grober Verleumdung von Untergebenen gestanden hat, hätte auch, das ist gesagt worden, in diesem hohen Hause in der Verhandlung gesagt werden können. Das ist geschehen. Sobald ich durch die Ausführungen des Abgeordneten Zehrenbach — ich muß sagen zu meiner großen Überraschung — erfuhr, daß trotz der klaren gesetzlichen Bestimmungen Zweifel bestanden habe ich sofort hier genau das selbe gesagt, was jetzt in der offiziellen Verlautbarung gesagt worden ist. Mehr konnte ich nicht sagen und kann ich heute nicht sagen, denn es widerspricht der Disziplinarvorschrift, wenn man ihrer Ausübung im einzelnen der öffentlichen Kritik preisgeben wollte. (Sehr richtig! rechts.) Nicht einmal direkte Vorgesetzte dürfen eingreifen, es sei denn, daß es sich um Verleumdungen gegen gesetzliche Bestimmungen oder um Unterlassung der Abwendung eines Vergehens handelt. Wollte man anders verfahren, so würde man denjenigen, die im Kriegsfall die Verantwortung allein tragen können und die daher im Frieden sie allein tragen müssen, diese aus der Hand winden, und man würde damit den Grundstein unterhöhlen, auf dem unsere Armee ruht. (Sehr richtig! rechts, Lachen links.) Auch hier im Hause ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es unbedingt nötig ist, den zuständigen Disziplinarvorgesetzten die Befugnis zu geben, die sie zur Ausübung ihrer Disziplinarverpflichtung gebrauchen: Selbstständigkeit und Disziplin. Wie dies aber bei einer öffentlichen Kritik möglich sein soll, weiß ich nicht. (Sehr richtig! rechts, Lachen bei den Soz.) Sie — zu den Soz. — stören mich nicht, aber ich bitte Sie, mich als Vertreter der Armee sprechen zu lassen.

Vizepräsident Dove: Ich bitte, die Unterbrechungen zu lassen, muß aber bemerken, daß die letzten Unterbrechungen nicht derart waren, daß sie zu der Verwahrung Anlaß gaben.

Kriegsminister v. Falkenhahn fortfahrend: Die Maßregeln der Verlegung des Regiments aus Zubern waren notwendig, wie anerkannt wurde. Dann kann man schließlich nicht mehr lange bedenken, ob jemand dabei geschädigt wird. Der Abgeordnete Dr. Spahn ist auch auf

den Fall Knittel

eingegangen. Auf den Fall im einzelnen will ich nicht eingehen. Das eine aber kann ich heute erklären, daß ich mit meinen beiden Amtsvorgängern auf dem gleichen Standpunkt stehe: Ein zur Verantwortung ziehen eines Offiziers innerhalb der staatsrechtlichen Parteien muß ausgeschlossen bleiben. Ein Offizier aber, der sich in antimonarchischem und infamistischem Sinn betätigt, darf nicht im Heere belassen werden.

Abg. Dr. v. Morawski (Pole): Mit der Antwort der Regierung auf unsere Anfrage, betr. das Verbot der Jesuitenmission in Polen können wir uns nicht zufrieden geben. Die Klagen der Elshof-Vertrager sind sicherlich berechtigt. Bei uns ist es ähnlich, ja noch schlimmer. Dieses System, das gegen uns angewendet wird, ist unmoralisch. (Lachen des Präsidenten.) Dr. Kaempf: Ich rufe den Redner zur Ordnung. Man versteht uns und unser Land nicht. Man will uns unsere Muttersprache nehmen. Ist das moralisch? Wir werden aber trotz dieses Systems weiterkommen. (Woh! bei den Polen.)

Abg. Frhr. v. Camp (Dpt.): Ein Niedergang der Konjunktur ist unbestreitbar. Daran wird auch die Beteiligung an der Weltausstellung nichts ändern. Die Herabsetzung der Kohlenpreise wird nicht ohne Einfluß auf die Arbeiterlöhne bleiben. Mit Befriedigung begrüßen wir die gesetzliche Verbesserung der Alpenstationäre. (Woh!) Die Geldnot beeinflusst das Wirtschaftsleben bei uns ganz gewaltig. Deutschlands Kapital geht viel zu viel ins Ausland.

Mit dem städtischen Grundbesitz stehen wir geradezu vor einer Katastrophe.

In der Frage des Reichsbankdiskonts sollte eine Enquete veranstaltet werden. Die Vermutung des Reichsbankpräsidenten um die Liquidität der Bank hat nicht den erwünschten Erfolg gehabt. Die zweite Monatsbilanz hat hierin nichts geändert. Vor der übermäßigen Zulassung ausländischer Papiere, ausgenommen wenn politische Momente mitspielen, muß gewarnt werden. Unsere politischen Freunde müssen dieser Unterstützung zuteil werden, so Rumänien. Wenn wir für einen erhöhten Arbeiterlohn eintreten, so soll man mit dem Wort Scharfmacherei endlich aufhören.

Wenn wir keinen genügenden Arbeiterschutz haben, so kommt es leicht zu Konflikten, wobei auch einer körperlich zu Schaden kommen kann.

(Lärm bei den Soz., Zurufe links. — Präsident Dr. Kaempf ruft den Abg. Morawski wegen eines solchen Zurufs zur Ordnung.) Die Industrie ist leider in der Volksvertretung nicht

genügend vertreten. Daran haben aber Strömungen schuld, wie der Hanfband. (Lachen links.) Es darf nicht verkannt werden, daß die Landwirtschaft nach jahrzehntelanger schwerer Arbeit so weit ist, den einheimischen Markt vom Ausland vollständig frei zu machen. Das ist für den Kriegsfall außerordentlich günstig. In Bezug auf die auswärtige Politik hat unsere Diplomatie sehr gut abgeschnitten. Das ist nicht ohne Einfluß auf die Erhaltung des Weltfriedens. In der Zubern Angelegenheit hätte in der „Nordd. Allg. Ztg.“ sehr wohl, wenn die Bestrafung mitgeteilt wurde, auch das Strafmaß mitgeteilt werden können.

Die Zivilbehörden von Zubern waren jedenfalls nicht auf ihrem Posten.

Man darf nicht vergessen, daß die Militärverwaltung in Elshof-Verträgen andere Aufgaben hat als in anderen Teilen des Reichs. Aber die Zivilbehörden hätten die Militärverwaltung nicht so bloßstellen dürfen, wie aus der Depesche des Staatssekretärs an den „Berliner Lokal-Anzeiger“ hervorgeht.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Ich muß zu einigen Gegenständen Stellung nehmen, welche im Laufe der bisherigen Debatte erörtert worden sind. Da ist eine Auslassung des Abg. Grafen Westarp über den Schutz gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts, ein Gegenstand, über den sich auch der Abg. Frhr. v. Camp äußert hat. Es ist nicht wohl möglich, daß ich während der ersten Lesung des Staats dieses Gegenstand bis in alle seine Konsequenzen hinein erörtere. Ich weise zunächst auf das hin, was ich vor drei Jahren über diese Frage hier im Hause anlässlich der Interpellation über die Koalitioner Gesetze gesagt habe. Ich habe damals meine Meinung dahin ausgesprochen:

Wegen Auswüchse des Koalitionswesens kann nicht eingeschritten werden durch Ausnahmegeetze, sondern nur auf dem Boden des gemeinen Rechts.

Und es darf dabei ein Einbruch in die Koalitionsfreiheit nicht erfolgen. Ich nehme an, nach den Äußerungen, die bisher in diesem Hause gefallen sind, daß diese beiden Grundsätze die Zustimmung der bürgerlichen Parteien finden. (Lachen bei den Soz.) Daß in die Koalitionsfreiheit nicht eingegriffen werden darf, ist selbstverständlich. Das Koalitionswesen ist eine Erscheinung, die bei uns ebenso wie in anderen Ländern durch die wirtschaftliche Entwicklung eine Notwendigkeit für die Arbeiterschaft wie für das Unternehmertum geworden ist. Es wäre ein ebenso ausfallsloses wie törichtes Unternehmen, durch einen Akt der Gesetzgebung diese Entwicklung beschränken zu wollen. (Sehr richtig!) Aber das hindert uns nicht, Auswüchse, wo sie konstatiert werden — und sie sind konstatiert worden, ich brauche mich nicht näher darüber auszulassen —, entgegenzutreten. (Lachen links: Auf beiden Seiten!) Ich weiß, es muß durchaus paritätisch vorgegangen werden in dieser Frage. Das liegt schon in dem Grundsatze, den ich vorhin ausgesprochen, daß auf dem Boden des gemeinen Rechts Abhilfe zu schaffen ist. Als Abhilfe ist vorgeschlagen worden einmal eine Revision der Strafgesetze und zweitens die zivilrechtliche Haftung der Koalitionen.

Gegenüber der übergroßen Macht, welche die Koalitionen besitzen, nicht nur infolge der Anzahl ihrer Mitglieder, sondern auch durch die großen Vermögen, die sie inne haben, drängt von selbst die Erwägung auf, als Gegenmaß hierzu die zivilrechtliche Haftung einzuführen zu lassen, eine Haftung für den Schaden, den die Koalitionen durch ihre Veranlassungen anderen in Widerspruch mit den Gesetzen zufügen. Im Zusammenhang mit dieser Frage geht bekanntlich die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, eine Frage, die zu lösen, schon einmal gesetzlich unternommen worden ist, aber vergeblich. Ich glaube auf keinen Widerspruch zu stoßen, wenn ich sage, daß die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, so oft sie auch drängen und hier im Reichstage verhandelt worden ist, keineswegs zu einem gesetzgeberischen Akt reif ist. Was die Revision des Strafgesetzes anlangt, so habe ich, als ich vor drei Jahren hier darüber sprach, darauf hingewiesen, daß die Kommission, welche sich mit der Revision des Strafgesetzes befaßt, der Ansicht sei, es müsse im revidierten Strafgesetzbuch die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des Individuums mehr geschützt werden als bisher. Es sind von der Kommission, wie Ihnen bekannt sein wird, entsprechende Paragraphen in den jetzigen Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches aufgenommen worden. Daß dies geschieht, scheint mir doch eine Notwendigkeit. Als unser Strafgesetzbuch erlassen wurde, befand sich unser Koalitionswesen im Vergleich zu heute doch noch sehr in den Anfängen, und als der Gesetzgeber die Paragraphen zum Schutze der persönlichen Freiheit faßte, hatte er im wesentlichen im Auge den Angriff auf die persönliche Freiheit des Individuums durch ein drittes Individuum, aber nicht den Angriff, der gestützt ist auf die Macht von Koalitionen.

Eine Sitzung der Geschäftsordnungs-Kommission.

Wb. Berlin, 10. Dezember. Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags hielt gestern Dienstag eine Sitzung ab. Es lagen vor: 1. ein Schreiben des Stellvertreters des Reichskanzlers, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Hoffmann-Rudolf (Soz.) wegen Übertretung des Impassegesetzes, 2. ein Schreiben des Mitgliedes des Reichstags Dr. Werner (Lichen (wirtsch. Bgg.), betreffend Herbeiführung einer Entschädigung über die Frage, ob die Kommission geneigt sei, einem gegebenenfalls zu stellenden Antrage auf Genehmigung eines Privatklageverfahrens gegen ihn zuzustimmen, 3. ein Schreiben des Stellvertreters des Reichskanzlers, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Mitgliedes des Reichstags Thiele wegen Verleumdung. Die Genehmigung wurde dem alten Gebrauch entsprechend abgelehnt, auch in dem zweiten Fall, trotz des Wunsches des Abg. Dr. Werner, die Kommission möge dem Klageverfahren zustimmen.

Die Wahlprüfungs-Kommission.

Wb. Berlin, 10. Dezember. Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages beschäftigte sich heute mit der Prüfung der Wahl des Abg. v. Liebert (Dpt.), Sachsen 14, Vorna, und beschloß, die Wahl für ungültig zu erklären.

Elshof-Vertrager zur gestrigen Zubern-Debatte.

* Straßburg i. E., 10. Dezember. Von der Behandlung der Zubern Angelegenheit in der gestrigen Reichstags-Sitzung ist man hier wenig befriedigt. Der Vorstand der Elshof-Vertrager Partei hat eine Resolution angenommen, die die Zubern Affäre wegen der schweren Verletzungen des Rechts und der dabei zutage getretenen Schmach der Regierung bedauert und ihre Abgeordneten beauftragt, im Landtag Protest einzulegen.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Erstausg. 1. Aufl. gedruckt von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Vertrieb:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-58.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2.20 — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobrief. — 2. — vierteljährlich durch alle deutschen Buchhändler, auswärts durch Postanweisung. — Bezugsbedingungen: In allen Fällen ist die Bezahlung der Belegblätter zu leisten. In allen Fällen ist die Bezahlung der Belegblätter zu leisten. In allen Fällen ist die Bezahlung der Belegblätter zu leisten.



Anzeigenpreis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Wiesbadener Tagblatt“ und „Wiesbadener Anzeiger“ in einschlägiger Spalte; 20 Pfg. für Anzeigen in anderen Spalten, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für lokale Werbeflächen; 2 Pfg. für auswärtige Werbeflächen. — Bei wiederholter Aufnahme unverändert Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatt.

Anzeigen-Kannakunst: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Teplitzstr. 16, Fernspr. Amt Lüchow 5788. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Zügen und Blättern nach freier Gewähl überlassen.

Donnerstag, 11. Dezember 1913.

Abend-Ausgabe.

Nr. 578. • 61. Jahrgang.

Zaberner Nachklänge.

Westarp und Wiemer.

Bei der Fortsetzung der gestrigen Staatsberatung im Reichstag kam es, wie wir berichteten, zu einem Redekampf zwischen dem konservativen Führer Grafen Westarp und dem Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, dem Abgeordneten Dr. Wiemer. Es kann für niemand, der sich nicht einsperren lassen will von sophistischen Redensarten und dialektischen Jonglierstücken, zweifelhaft sein, auf welcher Seite die größere politische Einsicht, die bessere Sache war. Dr. Wiemers Rede hatte vor der des konservativen Grafen den Vorrang, daß sie durchsichtig und offen, energisch und zielbewußt war und unter voller Anerkennung der Rechte des Kaisers und der Armee das Schwergewicht legte auf die Aufrechterhaltung der Stellung der Volksvertretung.

Graf Westarp nahm den Fall Zabern zum Anlaß, um in forciertester Schärfe das Geß über das Volk zu stellen und die elsass-lothringische Zivilverwaltung in unerhörter und völlig ungerechter Weise anzugreifen. Das „Simmelfreunddonnerwetter“, das bei dieser Gelegenheit dem Geß seiner Zähne entfloß, war bezeichnend für die ganze Gemütsverfassung, in der die Konservativen an die elsass-lothringischen Dinge herangehen. Sie sehen kaum noch die Verfehlungen des Herrn v. Forstner und des Obersten v. Reuter, von denen man noch immer nicht positiv weiß, ob sie eine strafgerichtliche Abmahnung finden werden; sie hören nur von der Aufregung des Volkes und halten dafür, daß mit einer Simmelfreunddonnerwetterpolitik der elsass-lothringische Volksstamm zur Ruhe gebracht werden kann. Die Manieren des ostelbischen Gutshofes, wo man allenfalls mit trocknen Schimpfwörtern und mit der Peitsche in der Hand die Leute zur Reue zu bringen vermag, möchten die Konservativen am liebsten auf den Boden des Reichslandes verpflanzen. Und sie bedenken dabei nicht, daß durch eine solche „Politik“ der steile Nährboden geschaffen wird für nationalstiftende Umtriebe und fortwährende, dem Deutschtum hinderliche Störungen des Gleichgewichts. Die konservative Politik, so national sie sich gebärdet, ist im letzten Grunde durchaus vaterlandsgefährdend. Daß Graf Westarp den Staatssekretär Born v. Bulach stürzen will und auch, namentlich in der Steuerfrage, dem Reichskanzler ein Bein zu stellen bemüht war, nimmt nicht weiter wunder. Die Ministerstürzerei ist wieder am Werke, und in dieser Beziehung hat die konservative Politik manche Berührungspunkte mit den Absichten der Sozialdemokraten, die ja auch glauben, daß ein großes Werk getan wäre, wenn Bethmann-Hollweg ginge.

Demgegenüber vertrat Abgeordneter Dr. Wiemer die Politik des Volkes und der Verfassung. Zwar hielt er es nicht wie Herr Scheidemann für der politischen Weisheit letzten Schluß, den Reichskanzler zum Rücktritt zu zwingen, und erkannte an, daß nun einmal unsere verfassungsrechtlichen Zustände nicht derartige sind, daß ein Reichskanzler nach einem Mißtrauensvotum gehen müsse; aber er stellte anheim, ob das Weichen des Kanzlers in dieser Situation richtig und klug sei, und er wies auf das Beispiel Bülow's hin, der aus einer Ablehnung seiner Politik die richtigen konstitutionellen Schlussfolgerungen gezogen habe. Mit Recht hat Dr. Wiemer noch die Notwendigkeit betont, daß ein weitgehender Einfluß des Parlaments auf die Führung der Regierungsgeschäfte stattfinden muß. Das parlamentarische System ist unter allen Umständen besser als der Scheinkonstitutionalismus von heute. Diesen Satz Wiemers unterstreichen wir durchaus, und ebenso teilen wir seine Ansicht, wenn er mit Nachdruck das Verdienst hervorgehoben hat, das sich der Reichstag am 4. Dezember erworben hat, als er Recht und Gesetz durch seinen Beschluß zur Geltung brachte. Denn darüber kann kein Zweifel sein, wenn die Lage in der Zaberner Angelegenheit seit dem 4. Dezember sich allerdings einigermaßen zum Besseren gewendet hat, so ist das das Verdienst des Reichstags. Die glänzende Lage, die sich der Reichstag selber in dieser Woche geschaffen hat, darf nicht wieder nach rückwärts revidiert werden. Dank der Einigkeit und Geschlossenheit des Reichstags ist dem Elß — darauf hat auch der ehemalige elsässische Abgeordnete Wolf dieser Tage hingewiesen — eine schwere Stunde vielleicht zum Segen geworden, denn nun weiß das Elß, daß es sich auf die deutsche Volksvertretung verlassen kann. Der Reichstag hat durch seinen Beschluß vom 4. Dezember wieder eingegriffen, was die Militärdiktatur verdorben hat. Wir fanden diesen Gedanken gestern auch in einer Straßburger Aufschrift der „Frankfurter

Zeitung“ ausgesprochen, in der es heißt: „Der historisch heute schon festzustellende Erfolg von Zabern liegt auf einem anderen Gebiete. Er liegt beim Volke: das Ereignis, das drohte, „alles kaputt“ zu schlagen, alles Erreichte auf dem Gebiete des Ausgleichs der Gegensätze zwischen den beiden Bevölkerungen im Lande und dem inneren Anschluß Elß-Lothringens an das Reich zu vernichten, hat damit beendet, daß heute wie noch nie Einheimische und Eingewanderte Schulter an Schulter stehen, und daß freudig anerkannt wird, daß das Elß in seiner höchsten Not rückhaltlose Unterstützung beim deutschen Volke gefunden hat. Hat „Zabern“ in Mitteleuropa Klarheit über viele Frage der elsässischen Politik geschaffen und das Interesse für unser Land geweckt, so haben die Elß-Lothringer aus den Vorfällen der jüngsten Zeit erkannt, daß das Bürgertum über dem Rhein ihre Leiden versteht und ihren Kampf mitzuführen bereit ist. Den 4. Dezember, den Tag des Mißtrauensvotums im Reichstag, wird man als die Geburtsstunde des deutsch-elsässischen Bürgertums in die Geschichte eintragen können! Es ist nichts kaputt. Eine schöne Saat beginnt zu blühen, und es ist die Aufgabe des deutschen Volkes zu verhindern, daß plumpe Hände die Ernte vernichten.“

Der Reichskanzler und die Konservativen.

Von der Reichstagstribüne wird uns in Ergänzung des in der Morgenausgabe drucklich gemeldeten Stimmungsberichts noch geschrieben:

○ Berlin, 10. Dezember.

Die heutige Fortsetzung der Staatsdebatte stand zu einem erheblichen Teile wieder unter dem Zeichen der Zaberner Vorgänge. Diesmal war es der konservative Graf Westarp, der die Angelegenheit breit und in jedenfalls interessanter Weise behandelte, interessant darum, weil der Redner zwischen den Zeilen vieles deutlich sagte, was er mit klaren Worten nicht zu sagen brauchte, weil er sicher sein konnte, abgelehnt zu werden. Graf Westarp sprach mit feinem bestimmten Worte vom Reichskanzler, er hatte dafür um so mehr Lobprüche für den Kriegsminister, der die Verechtigung der militärischen Gewalt, sich gegen Verleumdungen zu schützen, in so entschiedener und in so erfreulicher Weise betont habe. Der Redner zog also einen Strich zwischen Herrn v. Falkenhayn und Herrn v. Bethmann-Hollweg, von dem er zwar nicht glauben möchte, daß er den Rückzug angetreten habe, von dem er es aber schließlich doch glaubte. Und indem der Wortführer der Konservativen so die Mißbilligung der Rechten für den vom Reichskanzler gesuchten Ausgleich des Gegenjages zwischen Zivilbehörden und Militärbehörden in Elß-Lothringen kundgab, schaffte er sich zugleich die Gelegenheit, die beständige Kritik an das Verhalten der reichsständischen Zivilbehörden selber zu legen, die es sogar über sich gewonnen hätten, ihre Auffassung von den in Zabern begangenen Verfehlungen der militärischen Instanzen den Vertretern demokratischer Blätter anzubieten. Jeder Satz in der Westarpschen Rede war ein freilich kaum noch überreichendes Zeugnis dafür, daß die Konservativen mit dem Reichskanzler wenig zufrieden sind. Man kann gleichwohl freilich der Geschicklichkeit, mit der Graf Westarp seine Aufgabe löste, den Kanzler gegen das Mißtrauensvotum vom 4. Dezember in Schutz zu nehmen, seine Anerkennung nicht verweigern. Graf Westarp hielt es allerdings für selbstverständlich, daß dieses Mißtrauensvotum nicht die Folge haben könne, die es in parlamentarisch regierten Ländern haben würde und insofern konnte er der gestrigen Zurückweisung der Scheidemannschen Auffassung durch den Reichskanzler keine Zustimmung nicht vorenthalten. Aber logisch rechnete er mit einer Befestigung, der man gewisse Hoffnungen auf die Herbeiführung eines Konfliktes deutlich anmerkte, aus dem Auftreten und den Forderungen der Sozialdemokraten und aus der von ihm für wahrscheinlich gehaltenen Zustimmung der Freisinnigen zu diesen Forderungen heraus, daß Herr v. Bethmann-Hollweg am Ende doch die Mißbilligung der Mehrheit des Hauses für seine gesamte Politik, nicht bloß für den Zaberner Fall, erfahren habe. Statt nun Herrn v. Bethmann-Hollweg seine Unterstützung in Aussicht zu stellen, zog es der konservative Redner vor, ihm im eigenen und im Namen seiner Parteifreunde ebenfalls Mißbilligung auszusprechen, und zwar nicht bloß wegen des vermeintlichen Follens der militärischen Behörden in der Zaberner Angelegenheit, sondern wegen der Verleumdung der Verfassung an Elß-Lothringen. Die ganze Rede wurde so zu einem verfluchten oder eigentlich ganz offenen Angriff auf die Stellung des Reichskanzlers, und es zeigte sich wieder, daß Herr v. Bethmann-Hollweg seine Freunde am wenigsten auf der rechten Seite zu finden hat. Den Schluß der heutigen

Debatte machte eine umfangreiche Rede des Reichskanzlers, die in ihrem letzten Teile ebenfalls die Zaberner Vorgänge behandelte. Herr v. Bethmann-Hollweg ließ sehr deutlich merken, daß er die versteckten Angriffe des Grafen Westarp gut verstanden hatte. Zwar richtete der Kanzler auch nach links hin die Mahnung, den Tadel für das Verhalten der militärischen Behörden in Elß-Lothringen zurückzuhalten, bis das Ergebnis der angeordneten Untersuchung vorliege, aber noch schärfer klang das nach rechts gerichtete Ersuchen, die Angriffe auf die reichsständischen Zivilbehörden zu unterlassen, da doch erst die gestellten Ermittlungen abgewartet werden müßten. Die Konservativen nahmen die Ermahnung des Herrn v. Bethmann-Hollweg schweigend hin.

Die Lage im Reichsland.

Die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen die Rekruten.

* Straßburg i. E., 11. Dezember. In der Zaberner Sache haben sich heute vor dem Kriegsgericht der 30. Division die Rekruten Genf, Scheibe, Bielle wegen Vergehens gegen die §§ 92, 93 und 101 des Militär-Strafgesetzbuches zu verantworten. Trotz des Verbotes des Obersten Reuter, die Wades-Außerungen des Leutnants Forstner in die Öffentlichkeit zu bringen, ließ sich der Musketier Genf von einem Vertreter des „Elßers“ bewegen, die Außerungen des Leutnants über die französische Fahne niederzuschreiben und diese Niederschrift von den Mitangeklagten unterschreiben zu lassen. Hierin wird ein Vergehen gegen die eingangs erwähnten Paragraphen erblickt.

Aufklärung des Verschwindens von Oberst Reuters Burden.

* Straßburg i. E., 10. Dezember. Wie feinerzeit gemeldet wurde, verschwand plötzlich der Burden des Obersten v. Reuter, Musketier Ficht, ohne daß selbst seiner Mutter über den Grund seines Verschwindens Auskunft gegeben wurde. Die „Bürgerzeitung“ teilt nunmehr mit, daß Ficht vorgestern von einem Standgericht in Zabern abgeurteilt wurde. Er hat in einem Zaberner Geschäft seiner Privatmeinung über den Fall Forstner freien Ausdruck gegeben, wurde denunziert und ist jetzt zu fünf Wochen Arrest verurteilt worden. Zwei Wochen für erlittene Untersuchungshaft wurden abgerechnet.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser hörte die Vorträge der Minister Breitenbach und Sebow und des Geheimen Rats v. Valentini.

Die Kaiserin empfing im Neuen Palais im Anschluß an die Audienz bei dem Kaiser den chinesischen Gesandten Dr. W. H. Yen.

* Die Frage einer Arbeitslosenversicherung. Die Stadt Berlin hat vor kurzem zusammen mit zahlreichen Vororten dem Reichskanzler das Gesuch unterbreitet, die reichsrechtliche Regelung der Zwangsversicherung gegen die Arbeitslosigkeit, in erster Linie für das Baugewerbe, sodann aber auch für andere, erfahrungsgemäß von in Perioden wiederkehrender Arbeitslosigkeit betroffene Erwerbszweige alsbald in die Wege zu leiten. Darauf ist vom Reichskanzler die Mitteilung eingelaufen, daß er das Reichsamt des Innern mit einer Prüfung der Angelegenheit beauftragt habe. — Die bayerische Regierung brachte im Landtag, nach einer Meldung aus München, eine Vorlage ein, die 75 000 M. für Zuschüsse an Gemeinden fordert, die die Arbeitslosenversicherung einführen.

* Zum Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen. Sämtliche medizinischen Fakultäten der deutschen Universitäten haben sich in einer Eingabe an den Reichskanzler gewandt, um einer allgemeinen Einigung zwischen der Ärzteorganisation und den Krankenkassen im Reich die Wege zu ebnen.

* Die Sicherung der Bauforderungen. Die im Frühjahr 1912 in Angriff genommene Denkschrift über den Bauzwang, die eine Stellungnahme zu der Frage ermöglichen soll, ob der zweite Teil des Gesetzes über Sicherung der Bauforderungen einzuführen ist, soll im wesentlichen fertig gestellt sein.

* Staatliche Unterstützung für die Werkbundausstellung. Die preussische Regierung hat für die deutsche Werkbundausstellung in Köln 50 000 M. zur Verfügung gestellt. Die Summe ist bestimmt, Handwerker den Besuch der Ausstellung und den preussischen Kunstgewerbeschulen die Beteiligung zu ermöglichen.

* Der Landesauschuss der preussischen Zentrumspartei trat am Mittwoch in Berlin unter der Leitung von Dr. Porck zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen, in der der Landesauschuss neu konstituiert wurde. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Porck wiedergewählt, zu Stellvertretern Gerold und Trimborn.

* Der Studentenstreik in der Zahnheilkunde. Zu dem Streit der Studierenden der Zahnheilkunde an der Leipziger Universität, die, wie berichtet, die Erlangung einer Zulassung zur Promotion an ihrer Fakultät fordern, haben die Studie-

rennen der Zahnheilkunde an der Würzburger Universität ebenso wie die Berliner Studierenden ihren Leipziger Kommilitonen eine Sympathieerklärung gesandt. Es wird erwartet, daß die Bewegung auch auf andere Universitäten übergreifen wird.

Parlamentarisches.

Sum 90. Geburtstag des Reichstags-Vizepräsidenten Dove. Dem zweiten Vizepräsidenten des Reichstags, Geh. Justizrat Dove, der heute sein 90. Lebensjahr vollendet, widmet die „Voss. Ztg.“ herzliche Glückwünsche und sagt: Ein scharfsinniger Jurist und gewandter Schriftsteller, ein Mann von echter liberaler Gesinnung und erfrischender Charakterfestigkeit, von persönlicher Lebenswürdigkeit und satirischem Humor, hat Dove sich in den weitesten Kreisen der Wissenschaft wie der Praxis, des Handels wie der Politik Freunde und bei allen Parteien, auch den Gegnern, wohlverdiente Achtung erworben.

Der Duelleausch des Reichstags beschäftigte sich in seiner Sitzung vom Mittwoch mit den vom Zentrum, den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten eingebrachten Anträgen. Die Anträge Gröber und von Gailer wollen bei freventlich verschuldetem Zweikampf an Stelle der Festungshaft Gefängnisstrafe von gleicher Dauer setzen; gegebenenfalls sollen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden. Ein konservativer Antrag will den Zweikampf mit Schlägern unter Vorbehaltung, die bestimmt und geeignet sind, gegen Lebensgefahr zu schützen, strafflos machen. Die Sozialdemokraten beantragen, die §§ 201 bis 210 des Strafgesetzbuches aufzuheben und in den §§ 223, 224 und 226 scharfe Antiduellbestimmungen einzufügen. Die Diskussion behandelte insbesondere die Frage, ob die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Ruhschlichtung erhoben werden solle. Dagegen wandten sich die Konservativen und die beiden liberalen Parteien. Die nächste Sitzung findet im Januar statt.

Die Wahl des Reichstagsabgeordneten v. Liebert für ungültig erklärt. Der Wahlprüfungsausschuss des Reichstags erklärte die Wahl des Abg. v. Liebert (Reichspartei), der im 14. sächsischen Wahlkreis gewählt ist, für ungültig. Herr v. Liebert, der bekannte 1. Vorsitzende des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, ist im 14. sächsischen Wahlkreis Borna gewählt, und zwar in der Stichwahl mit 13081 Stimmen, gegen den Sozialdemokraten Ruffel, auf den 13058 Stimmen entfielen. In der Hauptwahl waren abgegeben worden 11599 sozialdemokratische, 7331 reichsparteiliche und 7317 nationalliberale Stimmen. Es ist also sehr wahrscheinlich, daß der Wahlkreis in der kommenden Ersthauptwahl der Reichspartei abgenommen wird.

Eine sozialdemokratische Interpellation zur medienburgischen Verfassungsfrage. Die sozialdemokratische Fraktion wird in der medienburgischen Verfassungsfrage eine Interpellation einbringen.

Scheidemann der Nachfolger Bebel's. Die sozialdemokratische Fraktion hat gestern an Stelle Bebel's den Abgeordneten Scheidemann zum Vorsitzenden gewählt.

Zum Sammentritt des preussischen Landtags. Der preussische Landtag wird, wie gemeldet, am Donnerstag, den 8. Januar 1914, zusammentreten. Er wird durch eine Thronrede durch den König mittags im Berliner Schloss eröffnet werden. Am gleichen Tage wird der Finanzminister im Abgeordnetenhaus den Etat vorlegen. Die Wahlen der Präsidenden werden im Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus voraussichtlich am 9. Januar stattfinden; man kann mit der Wiederwahl der bisherigen Präsidenten rechnen. — Das Herrenhaus wird sich darauf verlagern. Das Abgeordnetenhaus wird in die erste Lesung des Etats am 13. Januar eintreten und die dazwischen liegenden Tage den Fraktionen für die Etatsbesprechungen frei lassen. Neben dem Etat wird das neue Fischereigesetz und das Vorkriegsgesetz vorgelegt werden, ferner die vorliegenden Etatsübersichten und Landesrechnungen. Weiteres gesetzgeberisches Material wird dem Landtag erst später zugehen. Das Staatsministerium hat darüber nähere Bestimmungen noch zu treffen.

Feuilleton.

Aus Kunst und Leben.

— Künstlerische Schauspieler. In der gestrigen Vorstellung von R. Wagners Musikdrama „Die Walküre“ gab Frä. Englerth die „Brünnhilde“. Es ist dieselbe Rolle, in welcher die Künstlerin ihrerzeit hier gastierte und mit der sie sich sofort die Sympathien des Publikums gewann. Was in der Gestalt der „Brünnhilde“ Herzbegehrtes und Rätselhaftes liegt — das zu verkörpern gelingt unserer Künstlerin nicht minder als alles Hohe, Erhabene und Tragisch-Erschütternde. So tritt und ihre Walküre in der frühen Kernhaftigkeit eines jugendlichen Selbstbewußtseins entgegen; von schillernder Größe in der Darstellung und zwingender Wahrheit im Ausdruck. Mit den ersten Szenen bewies Frä. Englerth, daß ihre Stimme den rechten heroischen Timbre, die erforderliche Kraft und Ausbreitung für diese Partie besitzt. In der „Todesverkündigung“ aber befandete sich einwirkend die schöne Weichheit und Wärme des Organs; hier ließ die Sängerin eine durch zarteste Töne des Rillelids gemilderte ernste Feierlichkeit walten, die ihren weichen Einbruch nicht verschleht. Auch im letzten Akt fesselte die lebendige dramatische Gestaltung. Frä. Englerth wurde vom Publikum in enthusiastischer Weise ausgezeichnet. An gewohnter Stelle begab sie man gestern auch gern wieder Frä. Fried („Sieglinde“), welche sich im Rollenspielen ihrer reichen stimmlichen Mittel zeigte. Die Partie der „Freia“ wurde von Frä. Koller aus Mannheim mit schätzenswerter Bühnengewandtheit verkörpert. Die übrige Besetzung bot zum Teil Bekanntheit.

— Rezitationsabend im Kurhaus. Im kleinen Saal des Kurhauses hatten sich nur ganz wenige Zuhörer eingefunden, wie es schien, meistens Freunde der Matzgerin Jenny Weil, die einen Rezitationsabend veranstaltet hatte. Das Beste an dem Abend war die Zusammenstellung des Programms, das von seinem künstlerischen Gehalt her die Ausführung stand weniger auf der Höhe. Ob die junge Dame, eine pitante, sympathische Erscheinung, aus der Bibel vorlas oder ob sie Goethe vorlas, ob sie nun Gedichte von Lulu von Strauß und Tornow zum besten gab, solche von Schöller oder aus von der einheimischen Dichterin Marie Sauer, immer blieb sie in der Darstellung die gleiche. Ihr fehlt noch Stillschweigen und Plastik. Es ist nichts Ursprüngliches an ihr, kein frischer, freudiger Quell. Wie angelernet ihr Vortrag ist, geht allein schon daraus hervor, daß sie selbst in Titel und Verfasser-

Heer und Flotte.

Personal-Veränderungen. Se. Maj. der König der Belgier, Chef des 2. Hann. Drag.-Regts. Nr. 16, unter dem 6. November 1913 zum Gen. der Kav. der Kav. ernannt. * Gersdorff, Rmt. im 10. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 161, als Geleitzer zum Kad.-Korps in Drantienstein versetzt. * Liman v. Sanders, Gen.-Leut. und Kom. der 22. Div., in Genehmigung seines Gesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disp. gestellt. * Frhr. v. Freytag-Loringhoven, Gen.-Leut. und Ob.-Quartiermeister, zum Kom. der 22. Div. ernannt. * v. Kuhl, Gen.-Major und Abt.-Chef im Gr. Gen.-Stabe, mit Vorschlagung der Beförderung eines Ob.-Quartiermeisters beauftragt. * v. d. Eick, Oberst und Kom. des 4. Inf.-Regts. Nr. 83, nach Württemberg befehligte Verwendung als Kom. des Gen.-Regts. Königin Olga (1. Btl.) Nr. 119 kommandiert. * v. Arnim, Oberstleut. beim Stabe des 2. Kurhess. Inf.-Regts. Nr. 82, unter Vorschlagung zum Hauptst. Inf.-Regt. Nr. 83 mit der Führung dieses Regts. beauftragt. * Gerstl, Stabsarzt und Leut. Vorstand der Militär-Lehrsanstalt in Frankfurt a. M., zum 1. Garde-Feld-Art.-Regt. * Witte, Stabsarzt bei der Militär-Veter.-Abt., als Leut. Vorstand zur Militär-Lehrsanstalt in Frankfurt a. M. versetzt.

Der Vertrieb der Generalstabkarten ist durch Vereinbarung zwischen der Heeresverwaltung und dem Vorstand des Reichsvereins deutscher Buchhändler in Leipzig neu geregelt worden. Darnach schließen sich die seit dem 1. April 1913 bestehenden Kartenvertriebsstellen der preussischen Landesverwaltung an die buchhändlerische Organisation an und unterhalten bei der Leipziger Kommissionsbuchhandlung ein Auslieferungslager für den Absatz der auf dem Buchhändlerwege bestellten Karten.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die auswärtige Politik vor der Plenaritzung der österreichischen Delegation. Wien, 10. Dezember. Die Plenaritzung der österreichischen Delegation begann mit der Debatte über das Budget des Ministeriums des Äußern. Der slowene Korrolier legte dar, daß der Dualismus sowie das Vorherrschen des ungarischen Einflusses bei der Führung der auswärtigen Politik eine starke einseitige äußere Politik unmöglich mache. Der Sozialdemokrat Ellenbogen meinte, das Verdienst der Erhaltung des Friedens gebühre weniger dem Minister des Äußern als vielmehr dem deutschen Bundesgenossen. v. Bernreiter betonte, daß von entscheidender Bedeutung für die Stellung der Monarchie die Erneuerung des Dreibundes gewesen sei. Das Bündnis mit Deutschland beruhe auf gegenseitiger Treue. Deutschnationaler v. Mühlwerth erklärte, die Erhaltung des Friedens sei wohl ein Aktivist in der auswärtigen Politik, sie habe aber furchtbare wirtschaftliche Folgen gebracht. Wenn von einer Kriegsfurcht zu sprechen sei, so liege sie im Verhältnis Frankreichs zu Deutschland. Die Stimmung Frankreichs sei zurzeit chavindisch. Die Ereignisse in Jaber seien vielleicht von dritter Seite geschürt worden. (Zwischenruf des Abgeordneten Krametz: Haben vielleicht die Franzosen Fortschritt gemacht?) Mühlwerth sprach sich für eine wirtschaftliche Erstarfung der Monarchie aus. (Beifall.)

Das Marinebudget in der ungarischen Delegation. Wien, 10. Dezember. In der ungarischen Delegation wurde das Marinebudget angenommen. Ministerpräsident Graf Tisza wandte sich im Verlauf der Debatte gegen die Vorlage eines Flottengesetzes und erklärte, die Regierung werde wahrscheinlich den nächsten Delegationen ein neues Schiffsbauprogramm vorlegen, da nach der Vervollständigung der ersten Dreadnought-Division die Frage des Baues einer zweiten Division aktuell werden würde. Der Ministerpräsident betonte, daß durch die militärischen Ausgaben keine kulturellen und sozialen Aufgaben vernachlässigt würden. Das Reformmaterial werde bei jeder Präsentation hinsichtlich des Bildungsgrades sowohl wie physisch besser.

Gerüchte über eine neue große Spionageaffäre. Wien, 10. Dezember. In militärischen Kreisen verlautet heute, daß

man einer neuen kolossalen Spionageaffäre auf die Spur gekommen sei, doch weigern sich die zuständigen Stellen entschieden, der Presse eine Auskunft darüber zu geben.

Passive Resistenz im Buchdruckgewerbe. Triest, 10. Dez. Im Zusammenhang mit der Lohnbewegung des Buchdruckerpersonals in ganz Österreich ist auch hier in der Mehrheit der Buchdruckereien mit der passiven Resistenz begonnen worden.

Schweiz.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung direkter Bundessteuern. Bern, 10. Dezember. In der heutigen Sitzung des Nationalrates wurde von den Sozialdemokraten ein Antrag eingebracht, daß die Frage der Einführung einer direkten Bundessteuer auf Vermögen und Einkommen vom Bundesrat geprüft werden solle. Der Betrag soll zur Durchführung einer grundsätzlichen Änderung der Finanzpolitik des Bundes verwendet werden, insbesondere zur Erzielung einer Herabsetzung der Zölle.

England.

Untergang eines Unterseebootes. London, 10. Dezbr. Nach den letzten Nachrichten ist das Unterseeboot „O 14“ am Eingange des Hafens von Plymouth mit einem Dampfbott zusammengeklaut und zwei Minuten darauf gesunken. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Spanien.

Dato zur Mannesmannaffäre. Paris, 10. Dezember. Der Madrider Korrespondent des „Temps“ interviewte nochmals den spanischen Ministerpräsidenten Dato über die Affäre Mannesmann. Dato erklärte: Ich habe nichts Neues zu sagen und kann nur wiederholen, daß jeder Zwischenhandel zwischen den Eingeborenen und der Regierung systematisch zurückgewiesen worden wird. Darin ist die Regierung uneingeschränkt. Die Brüder Mannesmann sind wie bereits viele vor ihnen die Opfer der maurischen Schlaueit geworden.

Italien.

Sonnino über die Politik der Liberalen. Rom, 10. Dez. In der Kammer machte Sonnino in der Frage des allgemeinen Vertrauens zum Kabinett die größten Vorbehalte, erklärte aber, in der libyschen Frage für das Kabinett stimmen zu wollen, weil es sich hier um das Vertrauen zu Lybien und um Italiens Mission im Mittelmeer handle. Sonnino betonte die Notwendigkeit der Einrichtung einer Altersversicherung für die Arbeiter nach englischem System. Was die Beziehungen zwischen Staat und Kirche betreffe, so wünschte die Liberalen keine Konflikte zwischen den beiden. Wenn aber gegen ihren Wunsch solche Konflikte entstehen sollten, so seien die Liberalen fest entschlossen, für den Staat einzutreten, dem sie das souveräne Recht zuerkannten, alles zu regeln, was die äußeren Akte des bürgerlichen, politischen und sozialen Lebens betrafte. (Sehr lebhafter Beifall.)

Rußland.

Ein Reichsratsvotum gegen die polnische Sprache. Petersburg, 10. Dezember. Der Reichsrat lehnte mit 94 gegen 74 Stimmen die Zulassung der polnischen Sprache während der Sitzungen der Stadtverwaltungen Polens trotz der Verantwortung durch den Ministerpräsidenten ab.

Balkanstaaten.

Die Lage in Bulgarien nach den Wahlen. Sofia, 10. Dezember. Die Führer der drei Regierungsparteien Radoslawow, Ghenadiow und Tontschew sind heute vom König in Audienz empfangen worden, um über die durch das Wahlergebnis geschaffene Lage zu beraten. Nach Mitteilung von zuständigen Stellen sind keine Beschlüsse gefaßt worden. Die Regierung werde vorläufig abwarten und versuchen, mit den Bauernbündlern ein Kompromiß zu schließen.

Das deutsche Ausbildungsmonopol für bulgarische Offiziere. Paris, 10. Dezember. Der „Temps“ meldet, daß die bulgarische Regierung beschloffen habe, in Zukunft

namen Ruancen legte, daß ihre Gefühle zu Räcken ausarten. Doch läßt sich noch manches Gute von der jungen Künstlerin erhoffen, wenn sie erst sicherer über ihre guten Mittel verfügt, wenn ihre Sprechtechnik sich mehr ausgeglichen hat. Ihr schönes Organ verleiht sie bereits recht geschickt zu meistern. Ihre guten Freunde spendeten so lebhaften Beifall, daß Frä. Weil noch ein Gedicht gab. B. v. N.

— Ein neues Jugendwerk Rembrandts entdeckt. Ein großes Gemälde von Rembrandt, ein bedeutendes Jugendwerk des Meisters, das wohl noch in Venden entfiel, ist gegenwärtig im Haag zu sehen und erregt in der Kunstwelt das größte Aufsehen. Wie im „Cicerone“ berichtet wird, stammt das Bild, das bis heute unbekannt geblieben war, aus England. Es stellt einen Mann in maurischer Kleidung dar, wie sie noch bis vor einem Jahrzehnt in Holland allgemein von den Mäulern getragen wurde. Der Dargestellte, der sich augenscheinlich solchen einen Gänsefisch zugeschnitten hat — er hält ihn in der einen Hand und in der anderen ein Messer — hat einen Stolz geöffneter und geschlossener Lider vor sich liegen, während auf einem Brett zur Linken leberne Goldstücke aufgestapelt sind. Der Kopf des Mannes lehnt in wilden Rembrandts häufig wieder; man hat den Dargestellten wohl fälschlich als „Rembrandts Vater“ bezeichnet; doch war er vielleicht ein Bilderverwandter von Rembrandt und fand zu seines Vaters Mühle in Beziehung. Der beherrschende Charakter des Bildes ist das lichte Mau der Wuse, das mit dem echt Rembrandtschen Traum der im wunderbaren Hellschmelzen Bücher und Papiere vortrefflich zusammengeht. Obwohl im ganzen Werk des Meisters kein Bild vorkommt, das mit diesem eine besondere Abweichung zeigt, tritt doch die eigentliche Technik seiner Frühzeit so klar zutage, spricht sich der Charakter seiner Kunst so deutlich aus, daß es nur ein Werk dieses Meisters sein kann. Die Leinwand trägt keine Bezeichnung, doch haben es vorzügliche Kenner, vor allem Vode, als echt anerkannt.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Nuschä Wube, die hervorragende Schauspielerin vom Kgl. Schauspielhaus in Berlin, ist gestern nachmittag im Krankenhaus gestorben. Nuschä Wube war am 22. Februar 1860 in Berlin geboren, stand also im 54. Jahre. Sie betrat die Bühne bereits mit vierzehn Jahren. Im Jahre 1883 kam die Künstlerin, wie wohl noch vielen erinnerlich sein wird, an unser Hoftheater. Dort schuf sie sich bald einen großen Wirkungskreis und fand viel Anerkennung. Sechs Jahre später ging sie mit Barnay

nach Berlin an das von ihm begründete „Berliner Theater“, wo sie bis 1894 mit großem Erfolge wirkte. Bis 1897 war sie am „Theater des Westens“ tätig, und 1898 übernahm sie die Direktion des „Neuen Theaters“, das sie bis 1902 leitete. In diesem Jahre folgte sie einem Rufe an die Berliner Königl. Hofbühne. — Wie die „National-Zeitung“ zu dem plötzlich erfolgten Tode der Künstlerin erzählt, ist die Verstorbenen das Opfer von Gesundheitsgefahren geworden, die sie in der unheimlichen Weise behandelten und der Zuckerkranke reinen Zucker zu essen gaben. Wie die Zeitung weiter erzählt, beabsichtigte der Hausarzt der Künstlerin gegen diese gefährliche Selbste mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft vorgzugehen.

Das Lustspiel „Der Schorischer“ von Heinrich Jagenstein, dem Verfasser der „Kammermusik“, ist vom Königsberger Neuen Schauspielhaus wie auch vom Bremer Schauspielhaus zur gleichzeitigen Aufführung erworben worden.

Zu Hebbels fünfzigjährigem Todestag am kommenden Samstag findet im königlichen Schauspielhaus zu Berlin die Aufführung einer Kopie des Hebbel-Denkmal von Kkol. Bachmann statt. Das Schauspielhaus beehrt diesen Gedenktag weiter durch die Aufführung von Friedrich Hebbels „Fidelio“.

Karl Köhlers neuestes Lustspiel ist von der Generalintendanz des Berliner königlichen Schauspielhauses zur Aufführung angenommen worden.

In London hat das von der „Freiheitsliga der Schauspielerinnen“ ins Leben gerufene Frauentheater, diese neueste Waffe der Suffragetten in ihrem Kampf um das Stimmrecht, nunmehr seine Pforten geöffnet und mit einer gelungenen Aufführung von Victor „La femme seule“ in der Übersetzung von Frau Shaw, der Gattin des Dichters, ein glückliches Debüt bestanden.

In Stockholm hat die feierliche Verteilung der dreizehnten Robelpreise, die dreizehnte seit dem Bestehen der Stiftung, stattgefunden. Von den vier Preisträgern waren drei anwesend: die Professoren Onnes (Oslo) der Physik, Werner (Zürich) der Chemie und Richet (Paris) der Medizin erhielten unter Beifall aus der Hand des Königs den ihnen zuerkannten Preis, das Diplom und die goldene Medaille. Für den abwesenden Tagore empfing der englische Geschäftsträger den Literaturpreis. Mit dem König wohnten die Kronprinzessin und andere Mitglieder des Königs Hauses der Feier bei. Nachher fand ein Festmahl zu Ehren der Preisträger statt. Heute findet auf dem Schloß zu Ehren der Preisträger königliche Mittagstafel statt.

die bulgarischen Offiziere zu ihrer Ausbildung nur noch nach Deutschland zu schicken, aber keine mehr nach Frankreich und Rußland.

Die Abreise der albanischen Grenzkommission. Santi Quaranta, 10. Dezember. (Agenzia Stefani.) Die internationale Kommission zur Festlegung der südalbanischen Grenze, die hier eintreffen soll, wird morgen sich an Bord des italienischen Dampfers „Adriatico“ nach Brindisi einschiffen. Die Kommission beabsichtigt, die Arbeiten in Florenz, dem Sitz des Militär-Geographischen Instituts Italiens, fortzusetzen.

Türkei.

Demission des Großwesirs. Konstantinopel, 10. Dezember. Der Großwesir Said Halim unterbreitete heute vormittag dem Sultan seine Demission. Der Sultan hat ihn durch seinen zweiten Kammerer, sein Gesicht zurückgezogen, doch beharrte der Großwesir auf seinem Entschluß. Ein heute nachmittag unter dem Vorsitz des Scheich ul Islam tagender Ministerrat erörterte die Krise. Erwogen werden folgende Kombinationen: Kriegsminister Ağaz-Pascha als Großwesir, Marineminister Ramuz als Kriegsminister oder Präsident des Staatsrats und Plakommandant, Tschamal als Marineminister. Generalschloßher Sadı-Pascha, ein Gegner der deutschen Militärmission, soll zurücktreten.

China.

Revoltengerichte. Shanghai, 11. Dezember. Hier läuft das Gerücht, daß General Tschang Sun, der Kommandeur der in Kanking stehenden Truppen, mit seiner Armee rebelliert habe. Eine Bestätigung der Nachricht liegt zwar noch nicht vor, man weiß aber, daß zwischen General Tschang Sun und dem General Fengtu Tscheng Streitigkeiten ausgebrochen sind. Letzterer erteilte dem General Tschang Sun den Befehl, einen Teil seiner Truppen zu entlassen. General Tschang Sun befehligt etwa 20.000 Mann. Die Regierung hat bereits eine Armee in Stärke von 12.000 Mann nach Kanking abgehen lassen, um dort die Ruhe wieder herzustellen.

Deutscher Reichstag.

Vortagung des Wahlberichts in der Morgen-Ausgabe.
Berlin, 10. Dezember.

Reichshaus v. Bethmann-Hollweg

fortfahrend: Ich muß des weiteren auch auf diejenigen Vorwürfe und die Kritiken eingehen, die gestern der Herr Abgeordnete Wassermann und heute der Abgeordnete Fehr v. Gomp, wenn auch in verhältnismäßig kurzen Worten, an

der Haltung des Bundesrats in der braunschweigischen Frage

geübt haben. Der Abgeordnete Wassermann hat dem Bundesrat den doch immerhin schweren Vorwurf gemacht, daß er in dieser jetzt abgeschlossenen, aber politisch wichtigen Frage, die im Laufe des Sommers eine große Erregung der öffentlichen Meinung hervorgerufen hat — (Lachen links; große Unruhe; Glöck des Präsidiums.) Der Herr Abgeordnete Wassermann hat in dieser Frage dem Bundesrat einen Umfall vorgeworfen. Das ist ein schwerer Vorwurf, aber ich halte den Vorwurf in keiner Weise für berechtigt. (Rufe bei den Sog.: Ih wol!) Bei diesem Vorwurf wird übersehen, daß der Bundesratsbeschluss von 1907 so wenig ein Definitivum hat schaffen wollen, wie der Bundesratsbeschluss von 1885. Dieser Beschluss stellt den Verzicht nicht als Voraussetzung für die Thronbesteigung in Braunschweig auf. Entscheidend für den Bundesrat von 1885 war die Überzeugung, daß im Falle der Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland Braunschweig zum Stütz- und Mittelpunkt der gegen Preußen gerichteten Umtriebe werden würde. Das war für Bismarck und die Verbündeten Regierungen allein das Entscheidende, daß der Kaiserhof eines Bundesstaates nicht fozugesehen das Hauptquartier werde für Bestrebungen, welche gegen einen anderen Bundesstaat gerichtet waren. Das war es, worin die Unvereinbarkeit mit dem Friedensstand unter den Bundesgliedern zu finden war, den die Reichsverfassung und die Bündnisverträge fordern und garantieren. Meine Herren! Nur von diesem Gesichtspunkte aus mußte der Bundesrat auch jetzt die Situation ansehen und hat sie von diesem Gesichtspunkte aus geführt. Er hat sich also strikte auf den Standpunkt gestellt, auf die Grundlagen, die 1885 gelegt worden waren. (Sehr richtig! rechts.) Von einem Umfall ist also in keiner Beziehung eine Rede. Nun, meine Herren, der Bundesrat ist, wie bekannt, zu der Überzeugung gekommen, daß die hannoversch-welfischen Aspirationen in Braunschweig unter der Regierung des Prinzen Ernst August keinerlei Unterstützung finden würden.

Der Bundesrat gründete seine Überzeugung auf die Vermählung des Prinzen mit der Tochter des Kaisers (Unruhe links.), auf sein Eintreten in die preussische Armee, auf sein mit dem Fahneneid für Lebenszeit übernommenes feierliches Versprechen, nichts zu tun und nichts zu unterstützen, was darauf gerichtet ist, den derzeitigen Bestzustand Preußens zu verändern,

auf das Bekenntnis des Prinzen zur Verfassung und zu den Pflichten, welche ihm gegen seine Verbündeten obliegen. Die Bedeutung dieser Garantien an sich ist wohl nicht bestritten worden, aber es ist gesagt worden, diese Garantien lägen auf einem sentimentalen Gebiete, es fehle die staatsrechtliche Grundlage, und diese könne nur geschaffen werden durch den Verzicht, und zwar durch den Verzicht zugleich für die etwaigen Nachkommen. Dieser Standpunkt, so will mir scheinen, scheint doch ein reichlich formalistischer, ich möchte sagen, bureaukratischer zu sein, und er steht noch dazu juristisch auf sehr schwachen Füßen. Was würde denn mit dem so viel besprochenen rechtlich findenden Verzicht für das Reich und für Preußen erreicht worden sein? Die Situation ist doch die, Hannover ist preussische Provinz kraft preussischen Gesetzes und Preußen ist auf Grund der Reichsverfassung ein Glied des Deutschen Reiches mit Einschluss der Provinz Hannover. Es gibt keinen Staat Hannover und es gibt keine Monarchie in einem Staate Hannover.

Ein Verzicht auf Monarchenrecht kann aber nur dem eigenen Staate, nicht aber einem anderen Staate gegenüber ausgesprochen werden. Dieser eigene Staat besteht nicht. Ein rechtlicher Verzicht gegenüber Preußen aber wäre juristisch inhaltslos, weil Preußen keine Rechte auf Hannover kennt, sondern höchstens vermeintliche Ansprüche auf die Wiederherstellung des Zustandes vor 1866. Und was den Verzicht für etwaige Nachkommen anlangt, meine

Herren, so überwiegt in der Staatsrechtslehre die Ansicht, daß der Verzicht mit rechtlicher Bindung nur für die Person des Erklärenden selbst, nicht für die Nachkommen ausgesprochen werden kann. Also, meine Herren, die da glauben, unter juristischen und staatsrechtlichen Gesichtspunkten den Verzicht fordern zu müssen, befinden sich im Irrtum. Man hat Preußen etwas Kleinmütiges zugemutet, wenn man von Preußen verlangt, daß es aus Furcht vor einer zum Absterben verurteilten Bewegung, die von einer kleinen Gruppe Umherstrolcher genährt wird, daß es aus Furcht davor seine Haltung im Bundesrat Braunschweig gegenüber regulieren solle. Meine Herren! Ich habe eine solche Politik abgelehnt und indem ich es tat, habe ich nichts von den alten Traditionen Preußens preisgegeben, sondern ich habe geglaubt, nach der Herstellung eines Zustandes gestrebt zu haben, der mit der Befestigung allen künftigen Nützlichen schafft. Meine Herren! Zum Schluss noch wenige Worte mit Bezug auf

die Interpellationsdebatten über Zabern.

Im Gegensatz zum Abgeordneten Scheidemann haben sich die Führer des Zentrums und der Nationalliberalen in der Frage der politischen Bedeutung ihres Mißtrauensvotums auf den verfassungsmäßigen Boden gestellt. Der Abgeordnete Dr. Wiemer hat es zwar auch abgelehnt, sich die Anschauung der sozialdemokratischen Fraktion über die Tragweite dieses Mißtrauens- oder Mißbilligungsvotums — es sind ja verschiedene Worte geprägt worden — anzueignen, er hat aber unbillige Äußerungen darüber gemacht, daß ich im Laufe der Etatsberatung auf die Zaberner Angelegenheit nicht noch einmal zurückgekommen bin und daß dem Reichstag keine weiteren amtlichen Erklärungen zugegangen sind. Ja, meine Herren, was sollte ich denn zur Sache weiter noch erklären, nachdem am 3. Dezember gesagt worden ist, daß die Angelegenheit, die den Gegenstand der Interpellation bildete, einem gerichtlichen Verfahren unterliege. Wohin führen uns denn die jetzigen weiteren Debatten?

Es wird Partei ergriffen auf der einen Seite für das Militär und auf der anderen Seite für das Zivil.

Der eine wirft dem Kreisdirektor Vernachlässigung seiner Pflicht vor, der andere richtet die Angriffe gegen den kommandierenden General. Meine Herren, ich habe am 3. Dezember erklärt, daß ich auf Grund der mir vorliegenden einander widersprechenden Berichte über das Verhältnis, das an dem einen streitigen Tage zwischen Zivil und Militär in Zabern geherrscht hat, mit Sicherheit nicht entscheiden kann, wo Recht und Unrecht liegt. Ich kann nur bedauern, daß bei diesem ungewissen Stand hier schon ganz kategorisch geurteilt worden ist, insonderheit Angriffe gegen einzelne Personen gerichtet worden sind. (Zuruf des Abg. Dr. Dertel.) Ich will nicht mißverstehen werden, nach den Äußerungen, die soeben der Abgeordnete Dr. Dertel gemacht hat; ich habe ausdrücklich gesagt, ich hätte nicht entscheiden können nach den sich widersprechenden Berichten der Militär- und Zivilbehörden, wo das Recht in diesem Widerstreit liegt. Darum sagte ich, es ist bedauerlich, wenn schon jetzt kategorische Urteile über Pflichtwidrigkeiten des Kreisdirektors einerseits gefällt werden und wenn auf der anderen Seite ebenso kategorische Urteile über das Verhalten des kommandierenden Generals laut wurden. Ich muß mir bei diesem unsicheren Stand der Dinge Reserve auferlegen, das eine aber, meine Herren, kann ich Ihnen versichern, daß in der amtlichen Verhandlung und in der Beurteilung der ganzen Sache infolge der Interpellation kein Umschwung eingetreten ist.

Die Annahme des Abgeordneten Wiemer ist falsch und ebenso und mit der gleichen Bestimmtheit sage ich, daß von einem Rückzug, wie es der Abgeordnete Graf Westarp zu fälschen scheint, in keiner Weise die Rede ist. (Hört! Hört!) Das Zurückgreifen des Abgeordneten Scheidemann auf die Interpellationsdebatte hat wenigstens das eine Gute gehabt, daß es offenbar wurde, daß eine Homogenität unter den Parteien, welche sich auf das Mißbilligungsvotum vereinigt hatten, in keiner Weise vorhanden ist. Einmütigkeit bestand ebensowenig über seine Tragweite wie über seine Motive. Die Äußerungen der sozialdemokratischen Presse und danach die Äußerungen des sozialdemokratischen Vorführers in diesem Hause haben, darin stimme ich mit dem Abgeordneten Grafen Westarp überein, keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Sozialdemokratie die Vorfälle in Zabern zum willkommenen Anlaß genommen hat, um gegen die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers und des obersten Kriegsherrn und gegen die Armee einen kräftigen Sturm einzuleiten. (Große Unruhe.) Hier scheiden sich die Geister, hier ist die Sozialdemokratie isoliert und sie wird es hoffentlich auch für immer bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wurde um 6¼ Uhr die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Luftfahrt.

Todessturz eines Fliegers. Barbezieu, 10. Dezbr. Der Flieger Delort, der heute früh von Barbezieu aufstieg, machte in der Nähe von Barbezieu einen Landungsversuch. Dabei überschlug sich das Flugzeug, der Flieger geriet unter den Motor und wurde zu Tode gequetscht.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— **Speisung bedürftiger Schulkinder.** Der Wiesbadener Verein für Speisung bedürftiger Schulkinder hielt am letzten Dienstag seine Mitgliederversammlung ab, in welcher über das dritte Vereinsjahr Bericht erstattet wurde. Der Verein unterhält vier Abteilungen: die Abteilung 1, Steingasse 9, entnimmt das Essen der Suppenanstalt des „Wiesbadener Frauenvereins“; die Abteilung 2 ist ein kleinerer Privatklub in dem Hause Blücherstraße 3; die Abteilung 3 wird in der Kinderbewahrsanstalt verpflegt; die Abteilung 4 befindet sich in der Volksschule an der Lorchstraße und bereitet das Essen dort in einem eigenen Küchenraum. Die Gesamtzahl der ausgesprochenen Portionen betrug 36.524. Die Verpflegungskosten beliefen sich auf 8684 M. 5 Pf., oder für ein Kind im Durchschnitt täglich auf 23,5 Pf. Der Bericht gab eine zahlenmäßige Aufstellung über die häuslichen Verhältnisse der Kinder. Daraus ging die Zahl der gespeisten Halbweisen hervor; ferner ging daraus hervor, in wie vielen Familien die Mutter außer dem Hause beschäftigt oder der Vater er-

werbslos oder arbeitsunfähig ist usw. Diese Statistik spricht eine bereichende Sprache von der Notwendigkeit der Tätigkeit gerade dieses Vereins. Um trotz der traurigen Zustände den Eltern nicht das Gefühl des Almosenechaltens zu geben, muß jedes Kind für jede Mahlzeit den kleinen Betrag von 2 Pf. entrichten. Der von der Schachmeisterin Frau Langgerichts-direktor Reizert erhaltene Kassenbericht stellte fest, daß die Einnahmen des letzten Jahres die Ausgaben nicht vollständig decken konnten, so daß von dem Sparfahrgut haben bei der Kassauischen Landesbank 2000 M. abgehoben werden mußten. Die Jahresbeiträge beliefen sich auf 5928 M. 25 Pf., der Zuschuß der Stadt Wiesbaden auf 1000 M., die Zinsen der Effekten und des Bankguthabens auf 697 M. 23 Pf., während die Ausgaben, einschließlich 309 M. Kursverlust, 9796 M. 90 Pf. betrugen. Der Rest mußte durch einmalige Zuwendungen und Veranstaltungen aufgebracht werden. Das nächste Jahr wird noch vermehrte Ausgaben bringen, da die Abteilung 3 unbedingt vergrößert werden mußte; sie ist vor Wochen nach der Suppenanstalt Schachhortsstraße 26 verlegt worden. Sie verpflegt statt 18 jetzt 42 Kinder. Der Genehmigung des Jahresberichts und der von dem Kassenrevisor Herrn Blust beantragten Entlastung der Schachmeisterin folgte die Vorstandswahl. Die fahrgutgemäß ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes und des engeren Ausschusses wurden wiedergewählt, letzterer wurde durch Zuwahl der Damen Frau Port, Frau Schwanf und Fräulein Schöneiseifen und des Herrn Dr. med. Walther ergänzt. In den weiteren Ausschüssen wurde Herr Stadtrat Dr. Geißler und Herr Rechtsanwalt v. Jbell neu gewählt. Zu Kassenrevisoren für das nächste Vereinsjahr wählte man die Herren E. Blust, Ch. Sager und Oberregierungsrat Springorum. Die Satzungsänderung brachte neben redaktionellen Streichungen die Bestimmung, daß ein Stadtrat zu den Beratungen des Vorstandes zugezogen und bei der Prüfung der Gesuche nach der Seite der materiellen Bedürftigkeit die städtische Armenverwaltung zu Rat gezogen werden soll. Die Vorsitzende Frau Oberstaatsanwältin Lauch sprach am Schluß die Hoffnung aus, daß der so oft bewährte Wohltätigkeitsbund unserer Wiesbürger auch weiter helfen wird, den Verein zu stützen und zu fördern.

— **Auszeichnung.** Der französische Minister des Unterrichts hat durch Dekret vom 31. Mai d. J. Herrn Professor Dr. Hoffmann, Oberlehrer am hiesigen Reform-Realgymnasium, zum Officier d'academie ernannt, eine Würde, die nur selten an Ausländer verliehen wird. Professor Hoffmann hat als Vorsitzender des Bureau International für Deutschland (das den Austausch von Schülern vermittelt), sowie durch sein Handbuch für den Aufenthalt im französischen Sprachgebiet Bedeutendes für das gegenseitige Verständnis deutscher und französischer Kultur geleistet.

— **Familienabend in der Marktgemeinde.** Der Verein für Gemeindepflege in der Marktgemeinde, der in mancherlei Institutionen und Arbeiten einen dankenswerten Dienst an den Armen und Kranken der Gemeinde leistet, feierte am Sonntag, 8. Dezember, seinen diesjährigen Familienabend. Der große Saal der „Wartburg“ war bis auf den letzten Platz gefüllt. Dekan Bickel begrüßte die Erschienenen, besonders den General-superintendenten Ohly. Der Herr Generalsuperintendent nahm dann gleich das Wort, freute sich seiner Beziehungen zur Marktgemeinde (durch seinen Onkel, den Konfistorialrat Ohly) und bekannte sich zu der Arbeit der Schaffung lebendiger Gemeinden, die allerdings nur da möglich seien, wo Gottes Geist lebendige christliche Persönlichkeiten geschaffen habe. Nach einem Klavierkonzert von Fräulein Bickel hielt Pfarrer Bickel einen kurzen Vortrag mit dem Thema: „Es ist zu wenig Liebe im Land“. An der Hand einiger weniger Zahlen aus der neuesten Statistik des preussischen statistischen Amtes suchte er darzutun, wie die Bewährung persönlicher und organisierter Liebe besser und umgestaltend in unser Volksleben eingreifen könne. Der Hauptteil des Abends wurde ausgefüllt von einem sinnigen Abendspiel, in dem unter der Leitung von Pfarrer Schüller die Darbietenden rechte Abendstimmung zu erzeugen wußten. Besonders freundlich und gewinnend waren dielieder, die Herr Wolff-Brandt im Rahmen des Abendspiels sang. Inmitten der Deklamationen, Schriftworte und Gesänge hielt Pfarrer Schüller eine kurze, herzliche Abendsamprache.

— **Weihnachten und Neujahr.** Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß zur schnellen Abwicklung des Posthalterverkehres während der Weihnachtszeit das Publikum selbst wesentlich beitragen kann. Die Einlieferung der Weihnachtspakete sollte nicht lediglich oder vorwiegend bis zu den Abendstunden verschoben, namentlich müßten Familiensendungen unläßt an den Vormittagen aufgegeben werden. Selbstfrankierung der einzuliefernden Weihnachtspakete durch Postwertzeichen sollte die Regel bilden. Mit seinem Bedarf an Postwertzeichen mußte sich ein jeder schon vor dem 19. Dezember versehen. Zeitungsbestellungen dürften nicht in den Tagen vom 19. bis 24. Dezember am Schalter der Postanstalten angebracht werden. Für die am Posthalter zu leistenden Zahlungen sollte der Aufseher das Geld abgezählt bereitstellen. Die Befolgung dieser Ratschläge würde der Post und dem Publikum gleichmäßig zum Nutzen gereichen.

— **Wie viel in Wiesbaden prozessiert wird!** Während die Strafsachen wegen Verbrechen, Vergehen und Übertretungen in den letzten Jahren stetig im Abnehmen begriffen sind, haben die Privatklagesachen sich in den letzten 30 Jahren fast um das Doppelte erhöht. Die neue Justizstatistik gibt darüber recht interessante Zahlen. Im Jahre 1911 betrug die Zahl der in Deutschland anhängig gemachten Klagen von Privatpersonen nicht weniger als 148.436 Fälle. Im Jahre 1910 waren 143.068 und im Jahre 1909 nur 133.883 Privatklagesachen beim Gericht eingegangen. Diese Zunahme stimmt prozentual mit der Zunahme der Bevölkerung überein, ist also keine auffällige Erscheinung, wenn man auch annehmen möchte, daß in unserer fortschreitenden Zeit das Rechtsbewußtsein immer weitere Kreise erfüllt und die Prozeßkammer, die wegen jeder Kleinigkeit zum Gericht laufen, kleiner an Zahl geworden sind. Im Jahre 1881 waren die Privatklagen noch so verpönt, daß nur 73.342 Fälle zur Verhandlung kamen. Während in den Jahren 1881 bis 1885 auf je 10.000 strafbündigen Personen 26 Privatklagen entfielen, waren in den Jahren 1906 bis 1910 durchschnittlich auf jedes Jahr und 10.000 Personen strafbündigen Alters bereits 30 Privatklagen zu verzeichnen. In den Privatklagen des Jahres 1911 lagen das ganze Deutsche Reich gleichmäßig beteiligt, etwas über den festgestellten Durchschnitt ragte nur Bayern hervor, so daß 10.000 strafbündigen Personen 34 Privatklagen kamen. In Wiesbaden wurden im Jahre 1911 151, im Jahre 1900 127 und im Jahre 1881 94 Privatklagen dem Gericht eingereicht und verhandelt. — Die Schiedsmänner können ein Lied davon anstimmen, welche nichtlagenden Klagen-

prüfliche bei ihnen oftmals erhoben werden. Zieht man dabei die Fälle in Betracht, die durch Schiedsgericht ihre Erledigung finden, also die ordentlichen Gerichte nicht beschäftigen und daher in obigen statistischen Zahlen außer acht bleiben, so verändert sich das unfreundliche Bild noch erheblich. Oft ist es schier unbegreiflich, welche Appellen zum Gegenstand von Strafanträgen bei den Schiedsmännern und Gerichten gemacht werden und wie hartnäckig die Parteien den Vermittlungsversuchen der Schiedsmänner, bezw. Richter gegenüberstehen, schließlich meist zu ihrem eigenen Nachteil.

— **Kurbau.** Am Samstag dieser Woche findet Abonnementsball statt.

Theater, Kunst, Vorträge.

* **Residenz-Theater.** Am Samstag findet der zweite humoristische Theaterabend statt und es gelangt zum erstenmal zur Aufführung Ludwigs Thomas neues Werk „Das Säuglingsheim“. Vorleser in einem Aufzuge, das bereits an vielen hervorragenden Bühnen mit großem Erfolg gegeben wurde. Vorher geht dasselben Verfasser beliebtes Lustspiel „Kottens Geburtstag“ und den Schluss des Abends bildet Brenner's Tragikomödie „Die Säuglingsheute“. Am Sonntagmorgen 10 Uhr ist wieder „Das Märchen vom Märchen“ zu halben Preisen. Sonntagabend 8 Uhr wird Thomas neue Barleske „Das Säuglingsheim“ wiederholt und hierauf folgt der übermütige Schwan „Die spanische Fliege“. Sonntagmorgen geht zu halben Preisen das neue Schauspiel „Das Geheimnis“ von Henri Bernheim in Szene.

* **Kurbau.** Siegmund v. Haussegger wird in dem morgigen Kallus-Konzert eine seiner Schöpfungen: „Wieland, der Schmied“ zu Gehör bringen. Anna Segner, die Solistin des Konzertes, wird das Konzert für Violine mit Orchester in D-Dur von Tschaiwsky, Andante cantabile von Spanghelli sowie zwei ungarische Tänze von Brahms-Vorabend spielen.

* **Vorträge.** Im Verein für naturwissenschaftliche Altertumskunde und Geschichtsforschung sprach gestern Abend Professor Dr. Langer über den Übergang Rasse zu den Verbündeten im Jahre 1813. Die Schlacht bei Leipzig war auch für das Herzogtum Nassau das Zeichen zum Abfall von dem in voller Auflösung begriffenen Rheinbund. Jenseit ging Ende Oktober ins Hauptquartier Preußen, Major v. Ween tritt am 28. Okt. von Mainz ab, um über Paris zum 2. Nass. Infanterie-Regiment bei Bayonne zu gelangen, wo er am 4. November dem Obersten v. Arncke die Befehlsgewalt übernahm. Oberst Meber in Barcelona weigerte sich, ohne Befehl seines Souveräns nur auf Arncke's schriftliche Aufforderung hin dem Befehl des 2. Regiments zu folgen; zwei Tage darauf, am 22. Dezember, wurde sein Name in der „Revue“ auf dem „Nassau“ und der Franzosen Befehl entworfen. Das Meber sofort in französische Dienste trat, gab Anlaß zu einem kriegsgerichtlichen Verfahren wegen Landesverrats und Abtreibung; dieses hätte zu seiner Verurteilung zum Tode geführt, wenn er nicht vorher an der Spitze seines französischen Regiments vor dem Feind gefallen wäre. Die militärischen Anforderungen, die von den verbündeten Mächten an das Herzogtum Nassau Ende 1813 und Anfang 1814 gestellt wurden, wurden erfüllt; freilich „schwer“ genug fiel es dem arg heimgeführten Lande, neben der Brigade in französischen Diensten eine neue Feldbrigade zum verbündeten Heere zu stellen; nur durch die aufopfernde Bereitwilligkeit der zahlreichen von der Konfiskation befreiten Männer der Beamten, Lehrer usw. war es möglich, die volle Zahl aufzustellen; erst die Rückkehr der in französische Gefangenschaft geratenen Mannschaften des 2. Regiments ermöglichte die Durchführung der alten geregelten Zustände wieder. Der interessierte Vortrags fand den lebhaftesten Beifall der zahlreich erschienenen Gäste und gab noch Gelegenheit zu einer längeren Aussprache.

Im Auftrag des „Rhein- und Lomusklubs“ finden kommenden Sonntag in der Turnhalle der Turngesellschaft, nachmittags 4½ Uhr, Märchenabende statt. Es kommen die bekanntesten Märchen von Gebr. Grimm und einige der schönsten Dänischen Märchen zur Vorlesung, die alle durch prächtige Bilder illustriert werden.

* **Vortrag im Kino.** Im Wobben-Theater, Wilhelmstraße Nr. 8, wird morgen Abend 8 Uhr ein Offizier des Norddeutschen Lloyd, Bremen, einen Vortrag über das Thema: „Mit Schnellzug und Ozeandampfer von Berlin über Bremen nach New York“ halten. Zur Erläuterung des Vortrages dienen kinematographische Vorführungen, die die ganze Reise Berlin-Bremen-New York veranschaulichen. Der Film zeigt in lebendiger Form neben dem interessanten Vorleben auch den schweren Dienst in den Segel- und Maschinenräumen des Riesen-Dampfers „George Washington“.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Pfarrer Korell über die politischen Aufgaben des Bürgertums.

— **Biebrich, 11. Dezember.** Die hiesige Ortsgruppe der Freisinnigen Volkspartei hatte auf gestern Abend eine öffentliche politische Versammlung in den Saal der Turnhalle am Kaiserplatz einberufen. Die Partei hat nach Angabe des stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Postinspektor Wiegand im vergangenen Jahre hier in Biebrich um 50 Prozent gegen früher zugenommen. Der Ortsverein glaubte deshalb das Jahr nicht besser schließen zu können als durch einen politischen Vortrag, für den er einen der beliebtesten Redner der Partei Herrn Pfarrer Korell aus Riebsheim gewonnen hatte. Der Vortragende, der schon beim Eintritt in den Saal und zu Beginn seiner Rede lebhaft begrüßt wurde, sprach über „die politischen Aufgaben des Bürgertums“. Er betonte zum Eingang, daß das Ziel seines Vortrags die Anfeuerung zur Teilnahme am politischen Leben sei. Dadurch erst sei die Schaffung fester Organisationen möglich, ohne die keine Partei bestehen könne. Das beherzige besonders die Sozialdemokratie, und sie tue gut daran. Früher hatte es der Liberalismus besser als heute, heute muß er die Freiheiten, die er erzielt, teuer erkämpfen; denn der Wegweiser weist heute in politischer Beziehung nach rückwärts. Das Ziel unserer Bestrebungen ist der nach freiheitlichen Grundgesetzen regierte Staat, der seinen Bürgern in den Fragen des religiösen Bekenntnisses und der politischen Gesinnung das Recht der freien Überzeugung und Meinung gewährt, militärische Ideen nicht über die bürgerlichen erhebt, sondern über dem Ganzen das Gesetz wachen läßt, vor dem jeder Bürger gleich ist. Der Staat darf nicht in die geistigen Kämpfe, nicht in das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber eingreifen und Partei nehmen. Das stehende Heer ist notwendig, aber die Ansicht, das Deutsche Reich, das durch das Heer errungen worden ist, könne auch nur durch dasselbe erhalten werden, ist falsch. Redner kam auch auf den Fall Sabern zu sprechen. Er hat sich eine Woche lang dort aufgehalten, um Meinung und Gesinnung kennen zu lernen. Der Anfang der großen Sache war „des Sachverständigen nicht wert“. Die Elässer wollen Ruhe und Frieden haben, sie wollen sich an Deutschland anschließen. Da kommt aber immer die Faust und zerstört, was mühsam gepflanzt worden ist. Fortaner ist beleidigt worden, aber er hat zuerst besichtigt. Hier hätte der Staat seine Überlegenheit zeigen

müssen. Zum Schluß mahnt Redner: Die Partei darf sich nicht von den Wahlerfolgen leiten lassen, sondern von den Interessen des ganzen Volkes, das nicht nur ein Volk, sondern auch ein Rasse- und Lebensgefühl ist. Die Rede wurde mit langanhaltendem Beifall aufgenommen. Ein konservativer Herr Sud aus Wiesbaden eröffnete die Diskussion und suchte auszuführen, das eifrige Volk sei doch nicht reif für eine Verfassung, deshalb müsse scharf zugegriffen werden. Er meinte auch, die fortschrittliche Volkspartei sei in Religionsfragen zu frei, sie erkenne z. B. das apostolische Glaubensbekenntnis nicht an. Kräftig entgegnete ihm Herr Rektor Breidenstein von Wiesbaden, der auch auf die uniformierte Jugendpflege zu sprechen kam, die schließlich nur auf das Hurra hinauszielt. Das Schlusswort hatte Herr Pfarrer Korell, der Herrn Sud gründlich widerlegte, besonders dessen religiöse Ansicht bekämpfte mit der vernünftigen Ansicht, daß der Glaube über dem Wortbekenntnis steht. Langanhaltender Beifall folgte seinen Ausführungen.

— **Kloppenheim, 11. Dezember.** Herr Ludwig Thomas in Wiesbaden schickt uns folgende Berichtigung der in der heutigen Morgen-Ausgabe enthaltenen Mitteilung des Gesangsvereins „Concordia“: „Ich bitte Sie, ausdrücklich festzustellen, daß ich mein Amt nicht deshalb niedergelegt habe, weil ich mich infolge meiner Jugend nicht befähigt gefühlt habe, den Anforderungen des Vereins nachzukommen, sondern weil ich mich durch die fortgesetzten Geheizen des Vereins gegen seinen früheren Dirigenten, Herrn Herber, abgestoßen gefühlt habe.“

Aus der Umgebung.

Die heftige Beamtenbefehlungs-Vorlage.

wb. Darmstadt, 11. Dezember. Die Zweite Kammer setzte heute vormittag die Beratung der Beamtenbefehlungs-Vorlage fort. Als Erster ergriff der Abg. Ulrich (Soz.) das Wort. Nach ihm werden noch mehrere Redner anderer Parteien sprechen. Wie wir hören, sind die geistigen Besprechungen der Parteien zwecks einer „en bloc-Annahme“ der Vorlage ergebnislos verlaufen.

m. Von der Rahe, 9. Dezember. Versuche mit Nikotinmitten bei der Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms wird der Direktor der Kreuznacher Weinbauschule, Schulte, vornehmen. Es handelt sich dabei in erster Linie darum, festzustellen, ob das Nikotin irgendwelchen Einfluß auf den Geschmack des Weines ausübt.

Gerichtssaal.

3. Schwere Strafe. Die 34jährige Frau des Bierbrauers Johann Gullenberger von Mainz hatte sich wegen Weibsch und Verleumdung der Abtreibung in zwei Fällen vor der dortigen Strafkammer zu verantworten. Es waren 25 Zeuginnen geladen. In beiden Fällen war der Tod der von der Angeklagten behandelten Frauen eingetreten. Die Verhandlung erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Angeklagte wurde zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Sport und Spiel.

wb. New Yorker Sechsjährigen. New York, 11. Dez. Bis heute nacht 1 Uhr (7 Uhr früh mitteleuropäischer Zeit) waren 2381 Kilometer zurückgelegt, 15 Meilen mehr als der Rekord beträgt. Die Teilnehmer sind auf 8 Mannschaften zusammengeschmolzen.

Neues aus aller Welt.

Schneewasser des Rheins und seiner Nebenflüsse. Mainz, 11. Dezember. Infolge des Regenwetters und der Schneeschmelze im Gebirge sind der Rhein und seine Nebenflüsse in ständigem Steigen begriffen. Innerhalb 24 Stunden wurde von Kehl ein Steigen um 1 Meter, von Mannheim um 60 Zentimeter gemeldet. Der Mittelrhein liegt bei Mainz um 30 Zentimeter.

Im Alter von 104 Jahren gestorben. Kalisch, 11. Dez. In Wielun bei Kalisch (Polen) starb die Witwe Walsa Walska im Alter von 104 Jahren. Sie hinterläßt 248 Enkel-, 11- und 12-ururenkelkinder.

Verheerender Wirbelsturm. Brüg, 10. Dezember. Im Gegend und im Duppauer Land hat ein Wirbelsturm 40 Häuser aufgedeckt und ganze Waldpartien niedergeworfen. In Maaden sind zwei Häuser eingestürzt. Zwei Hühner kamen ums Leben. Im Gegend ist Schneeschmelze eingetreten. Es herrscht Hochwassergefahr.

Schneesturm auf Sizilien. Rom, 11. Dezember. Die ganze Insel Sizilien wird seit einigen Tagen von heftigen Stürmen durchzogen. Aus dem Innern werden starke Schneefälle gemeldet. Stetigweise liegt der Schnee meterhoch. Mehrere Ortschaften sind völlig eingeschneit und vom Verkehr abgeschnitten. Die warmen Küstentriebe der Insel sind von dem Wettersturm verschont geblieben.

Ein Raubüberfall. Berlin, 11. Dezember. Gestern Abend 9 Uhr wurde auf die im Hause Bergstraße 3 wohnende Altstädterin Johanne Gerhardt ein Raubüberfall verübt. Der Täter, Lumpensammler Bietze, wurde festgenommen und der Polizei übergeben.

Diebstahl im D-Zug. Berlin, 11. Dezember. Auf der Fahrt von Basel nach Berlin wurde gestern im D-Zug eine allein reisende Dame bestohlen. Den Dieben fielen 1000 Lire in Banknoten und zwei Ringe von zusammen 1000 M. Wert in die Hände.

Feuer auf der englischen Königsjacht. Portsmouth, 11. Dezember. Im Hafen von Portsmouth brach gestern auf der englischen Königsjacht „Alexandra“ ein Brand aus, angeblich infolge Kurzschlusses. Das Feuer vernichtete das Holzwerk in dem Schlafraum des Kapitäns, wurde aber bald von der Mannschaft gelöscht.

Verhaftung eines Bankrotteurs. Wien, 10. Dezember. Der seinerzeit aus Breslau wegen betrügerischen Bankrotts flüchtig gewordene Bankier Walter Bial wurde hier verhaftet. Eine Granatexplosion. Charkow, 10. Dezember. In den in der Nähe der Station Wolynsk befindlichen Granatgruben fand heute eine Explosion statt; fünf Arbeiter wurden getötet und fünf verwundet.

Meuterei auf einem spanischen Dampfer. Kadix, 10. Dezember. Während der Überfahrt des Dampfers „Alfonso XII.“ von La Coruna nach Kadix meuterten die Matrosen und Decker gegen die Offiziere. Es entstand ein Tumult an Bord, in dessen Verlauf ein Offizier und mehrere Decker verwundet wurden. Die Meuterer wurden auf der Reede von Kadix verhaftet.

Ein Riesenbaumstamm gefunden. Hamburg, 11. Dezember. Die Vereinigten Diamant-Minen in Südafrika haben angeblich auf dem Südfeld einen Baum von 125 Meter im Umfange von 9000 M. gefunden.

Eine Eisenbahnstrasse. Bukarest, 10. Dezember. Ein erschütterndes Familiendrama hat sich heute hier abgespielt. Der Bankdirektor von Teplitz warf sich vor einen Eisenbahn-

zug und wurde in Stücke gerissen. Als die Gerichtskommission sich in die Wohnung Teplitz begab, fand sie dort die Frau Teplitz erdrosselt auf. Sie hatte noch eine Schärpe um den Hals. Aus hinterlassenen Briefen des Selbstmörders geht hervor, daß er seine Frau aus Eifersucht tötete. Ein weiterer Grund für die Tragödie ist in finanziellen Schwierigkeiten Teplitz zu suchen. Das Ehepaar hinterläßt fünf kleine Kinder.

Wiederum drei Rindböden ausgebrochen. Turin, 10. Dezember. Bei einer Filmaufnahme in Turin brachen gestern drei Löwen aus. Zwei von ihnen wurden wieder eingefangen, der dritte flüchtete in das Wäldchen beim Maurizio-Spital. Die Feuerwehr und die Gendarmen wurden aufgeboten, um das Tier wieder einzufangen. Unter der Bevölkerung herrscht erhebliche Erregung.

Ein Erdbeben in der Schweiz. Beyer (französische Schweiz), 11. Dezember. Gestern wurde hier und in der ganzen Umgebung ein starker Erdstöß verspürt, der die Bewohner in die größte Aufregung versetzte. Die Straßenbahn blieb infolge des Erdstößes plötzlich stehen. Die Erschütterung war von einem donnerähnlichen Geräusch begleitet.

Letzte Drahtberichte.

Nach den Reichskanzlerreden.

Russische Besprechungen.

wb. Petersburg, 11. Dezember. Bei Besprechung der Kanzlerrede fragt „Wirschowskaja Wjedomosti“, ob die Betrachtungen über die deutsch-russischen Beziehungen nur romantische Worte seien oder ob sie einen realen Hintergrund hätten. Letzteres sei wahrscheinlicher, denn auf der in Potsdam geschaffenen Grundlage müsse weiter gebaut werden. — „Swjet“ führt unter der Überschrift „Bedeutungsvolle Kanzlerrede“ an, daß ihre Bedeutung nicht nur in der richtigen und klaren Schilderung der äußeren Dinge bestehe, sondern auch in dem Ausdruck des festen Willens, ein Hinübergreifen des Parlaments über die konstitutionellen Rechte zu bekämpfen.

Gute Aufnahme in Frankreich.

wb. Paris, 11. Dezember. Der „Petit Parisien“ schreibt: Die Erklärungen des Reichskanzlers werden in ihrer Gesamtheit in Europa gut aufgenommen werden, denn sie bestätigen die optimistische und friedliche Auffassung, die wir in den Darlegungen von Bren, Sazonow und Berchtold sowie in der italienischen Thronrede gefunden haben. Die von dem Reichskanzler erwähnten Verhandlungen Deutschlands mit Russland, England und Frankreich, die unter dem Schutze „erfreulich korrekter Beziehungen“ vor sich gehen, zeigen, daß der Kontinent die seit dem Jahre 1900 auf ihm lastende Krise endlich überwunden hat.

Eine Anfrage des Dreiverbandes wegen der deutschen Militärmission.

Die Antwort der Porte.

hd. London, 11. Dezember. Die britische Regierung hat den Mächtern eine Note mitgeteilt, in welcher gesagt wird, daß England, Frankreich und Russland zusammen in Konstantinopel angefragt hätten, wie weit das Kommando in der türkischen Armee, welches dem deutschen Offizier gegeben werden soll, reicht. Die Unterhandlungen in dieser Angelegenheit, die von dem englischen Botschafter in Berlin geführt werden, tragen einen durchaus freundschaftlichen Charakter. Gleichzeitig sei Deutschland auch davon verständigt worden, daß die betreffenden Regierungen in Konstantinopel angefragt hätten. Die Mächte melden, daß die Porte der Tripartiten den Beweis geliefert habe, daß die Ernennung eines deutschen Generals zum Kommandeur der osmanischen Armee durch andere militärische Einrichtungen, bei denen Offiziere der Tripartiten Verwendung finden, ausgeglichen würde. So habe die osmanische Regierung die Absicht, noch weitere 28 englische Offiziere zu ernennen, um die bereits bestehende englische Marine-Mission zu verstärken. Außerdem soll auch der Admiral Limpus, der Chef dieser Mission, eine offizielle Stellung im Marinerat einnehmen. Ferner soll ein englischer Konteradmiral das Kommando über eine Torpedoflotte erhalten, desgleichen ein französischer General den Oberbefehl über die neu organisierte Gendarmerie. Die Tripartiten hätten also vollständige Garantien, daß das Gleichgewicht zwischen den einzelnen Mächten in der Türkei aufrecht erhalten bleibe.

Der Inhalt der bevorstehenden Erklärung des französischen Kabinetts.

wb. Paris, 11. Dezember. In der Erklärung des Kabinetts, die heute verlesen werden wird, wird deutlich versichert, daß es der Wille des Kabinetts sei, sich ausschließlich auf eine Majorität der Linken zu stützen. Das Ministerium sei entschlossen, die Kavallerieschule zu verteidigen und die Gesetze der Republik zur Anerkennung zu bringen. Die Erklärung wird nicht von der Anleihe sprechen, deren Erörterung der Sturz Parthous unterbrochen hat, sondern wird darauf hinweisen, daß die Regierung bei der nächsten großen finanziellen Bedingung erkennen lassen werde, ob sie der Situation abhelfen gedenke. Die Erklärung wird bei dieser Gelegenheit von den demokratischen Steuern sprechen, welche das Land erwartet, und von derjenigen, welche den erworbenen Reichtum treffen soll. Weiter wird die Erklärung die Kammer auffordern, sich mit der Annahme des Budgets zu befassen, und wird vor dem Senat den von der Kammer angenommenen Gesetzentwurf über die Einkommensteuer unterbreiten, der alle Einkommen treffen soll. Das Kabinett werde sich bemühen, eine Abereinbarung zwischen der Kammer und dem Senat über die Wahlreform herbeizuführen, aber es müsse darauf hinweisen, daß infolge der Kürze der Zeit vor den Wahlen die Frage von den Wählern gelöst werden müßte. Hinsichtlich des Dreijahresgesetzes sagt die Erklärung, das Gesetz sei angenommen und die Regierung sei daher verpflichtet, es zur Ausführung zu bringen. Sie sehe nicht, wie sie sich dieser Verpflichtung, die ihm durch den gemeinsamen Willen des Senats und der Kammer diktiert worden sei, entziehen könne. Sie werde daher das Dreijahresgesetz in lokaler Weise zur Anwendung bringen, um so mehr, als die Umstände, unter denen das Gesetz angenommen worden sei, noch immer vorhanden seien. Was die auswärtige Politik anbelangt, wird in der Erklärung von dem Werte gesprochen werden, welchen die Regierung dem Bündnis mit England, dem intimen Verhältnis zu England und der Herzlichkeit der Beziehungen Frankreichs zu den anderen Mächten beimißt, und daß Frankreich den Wunsch habe, zum allgemeinen Frieden beizutragen, ohne indessen zu dulden, daß man seine Würde ansetze.

